

Sparda-Bank Berlin eG Geschäftsjahr 2020

Inhalt

03	– Lagebericht
13	– Bericht des Aufsichtsrats
14	– Jahresbilanz
16	– Gewinn- und Verlustrechnung
17	– Anhang
26	– Anlage
27	– Bestätigungsvermerk

A.

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2020 der Sparda-Bank Berlin eG

1 Grundlagen der Geschäftstätigkeit

Die Sparda-Bank Berlin eG wurde am 22. Mai 1990 in Berlin gegründet. Sie ist ein Kreditinstitut im Sinne des Kreditwesengesetzes in Form einer eingetragenen Genossenschaft. Der Geschäftsbetrieb umfasst Bankgeschäfte und Finanzdienstleistungen nach §32 KWG.

Das Kerngeschäftsgebiet erstreckt sich über die Bundesländer Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen. In 65 Filialen und 14 Selbstbedienungsstellen sowie in umfangreichen direkten telefonischen und digitalen Kommunikationswegen haben wir den Anspruch an eine ganzheitliche finanzielle Beratung unserer Kunden sowie die Förderung unserer Mitglieder. Schwerpunkte unserer individuellen Beratung sind die Immobilienfinanzierung und die Altersvorsorge.

Die Organe der Bank sind die Vertreterversammlung (213 Vertreter), der Aufsichtsrat (13 Mitglieder, davon fünf Arbeitnehmervereiner) und der Vorstand (drei Vorstandsmitglieder).

2 Wirtschaftliche Entwicklungen

2.1 Konjunktur in Deutschland

Das wirtschaftliche und gesellschaftliche Leben in Deutschland stand 2020 im Zeichen einer Krise, die durch das Coronavirus ausgelöst wurde. Die globale Virusverbreitung sowie die dagegen ergriffenen Maßnahmen ließen die bereits vorher eingetretene konjunkturelle Abschwächung in eine schwere Rezession münden. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt brach gegenüber dem Vorjahr um 4,9 % ein, nachdem es 2019 noch um 0,6 % expandiert war.

Stillstand im Frühjahr und zum Jahresende

In den Monaten März und April kam es bundesweit zu

einem weitgehenden Stillstand des Wirtschaftslebens. Hauptgrund hierfür waren Schutzmaßnahmen wie weitreichende Kontaktbeschränkungen und Grenzschließungen, die in Reaktion auf kräftig steigende Infektionszahlen eingeführt wurden und zu Unterbrechungen von Produktions- und Lieferketten führten.

Im Mai und in den Folgemonaten setzte dann mit der Lockerung dieser Maßnahmen eine merkliche Belebung ein. Zum Jahresende ließen die Auftriebskräfte jedoch spürbar nach – auch wegen nochmals deutlich zunehmender Infektionszahlen, die verschärfte Schutzmaßnahmen erforderlich machten. Mit dem Ziel, die wirtschaftlichen Härten der Krise abzufedern, wurden weltweit staatliche Hilfsprogramme aufgelegt. Beispielsweise beschloss die Bundesregierung im März und im Juni große Hilfspakete, die unter anderem eine Ausweitung des Kurzarbeitergeldes und eine befristete Senkung der Umsatzsteuersätze im zweiten Halbjahr umfassten.

Stark rückläufiger Privatkonsum

Im Rahmen der Coronakrise 2020 gaben nicht nur die Investitionen und der Außenhandel massiv nach, sondern auch der Konsum. Die privaten Konsumausgaben sanken um 6,1 %, so deutlich wie noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik. Allein der außerordentliche Rückgang dieser Ausgaben war rechnerisch für 3,2 Prozentpunkte des BIP-Einbruchs verantwortlich.

Dämpfend auf den Privatkonsum wirkten zum einen die Maßnahmen zum Infektionsschutz, welche die Konsummöglichkeiten, beispielsweise in der Gastronomie und im Tourismus, zeitweise enorm einschränkten. Zudem mussten viele Verbraucher Einkommensverluste hinnehmen, etwa weil sie von Kurzarbeit betroffen waren oder arbeitslos wurden. Ferner verdunkelten sich die Konjunktur- und Einkommenserwartungen, was ebenfalls die Ausgabebereitschaft der Konsumenten einschneidend belastete. Die staatlichen Konsumausgaben legten hingegen zu und wirkten so stabilisierend.

Deutlich eingetrübtes Investitionsklima

Vor dem Hintergrund der Coronakrise trübte sich das allgemeine Investitionsklima spürbar ein. Angesichts pandemiebedingt stark zunehmender Unsicherheiten und merklich unterausgelasteter Kapazitäten im Verarbeiten-

den Gewerbe verminderte sich die Nachfrage nach Fahrzeugen, Maschinen und anderen Geräten erheblich.

Demgegenüber blieb die Baukonjunktur vergleichsweise robust. Die Bauinvestitionen legten erneut zu, mit einer Jahresrate von 1,9 % aber schwächer als im Vorjahr (+3,8 %). Treibende Kraft blieb der Wohnungsbau, der nach wie vor durch den hohen Wohnraumbedarf in den Ballungszentren und die sehr günstigen Finanzierungsbedingungen befördert wurde.

Staatlicher Finanzierungssaldo tief im Minus

Nach Überschüssen in den Vorjahren schloss der gesamtstaatliche Finanzierungssaldo das Jahr 2020 mit einem Defizit von 139,6 Mrd. EUR ab, was in Relation zum Bruttoinlandsprodukt -4,2 % entsprach. Grund für das Defizit waren einerseits die rückläufigen Einnahmen. Unter anderem gaben wegen der vorgenommenen Senkungen der Umsatzsteuersätze die Einnahmen aus den Steuern erheblich nach. Andererseits legten die staatlichen Ausgaben kräftig zu, befördert vor allem durch die Coronahilfen des Bundes wie Kurzarbeitergeld für Privathaushalte und Finanzstützen für Unternehmen.

Arbeitsmarktaufschwung beendet

Die Coronapandemie belastete den Arbeitsmarkt ebenfalls merklich. Der langjährige kontinuierliche Beschäftigungsaufbau kam zum Stillstand, wegen der Krisenfolgen, aber auch wegen des zunehmenden demografischen Gegenwindes. Die Anzahl der Erwerbstätigen im Inland sank im Jahresdurchschnitt 2020 um 487 Tausend auf 44,8 Mio. Menschen. Demgegenüber nahm die Arbeitslosenzahl zu, um 429 Tausend auf rund 2,7 Mio. Menschen. Die Arbeitslosenquote erhöhte sich von 5,0 % im Vorjahr auf 5,9 %.

Schwächer steigende Verbraucherpreise

Im Zuge der Krise verminderte sich der Preisauftrieb spürbar. Die Inflationsrate, gemessen am amtlichen Verbraucherpreisindex, zeigte im Jahresverlauf einen Abwärtstrend. Ab Juli setzte wegen der befristeten Umsatzsteuersenkung ein weiterer sichtbarer Rückgang ein, der die Inflationsrate zum Jahresende auf -0,3 % drückte. Im Jahresdurchschnitt 2020 stiegen die Verbraucherpreise um 0,5 % und damit deutlich schwächer als im Vorjahr (+1,4 %).

2.2 Finanzmärkte

Die Entwicklung an den Finanzmärkten wurde im vergangenen Jahr maßgeblich vom Verlauf der Coronapandemie beeinflusst. Mit der weltweiten Ausbreitung des Virus rutschte auch die Weltwirtschaft in eine tiefe Rezession.

An den Finanzmärkten herrschte zunächst hohe Unsicherheit bezüglich der wirtschaftlichen Folgen der Pandemie. Die Aktienkurse brachen dramatisch ein. Anleihen verteu-

erten sich aufgrund der Aussicht auf zusätzlichen geldpolitischen Stimulus. Auch an den Rohstoffmärkten hinterließ die Pandemie ihre Spuren. Rohstoffpreise gaben spürbar nach, Rohöl verbilligte sich dramatisch. In den USA wurden gar erstmals negative Rohölpreise notiert. Weltweit stützte die Wirtschaftspolitik die Konjunktur durch breit angelegte expansive Maßnahmen. Dadurch erholten sich die Finanzmärkte vergleichsweise rasch von dem Coronaschock. Bereits Ende August übertrafen die weltweiten Aktienkurse (gemessen am MSCI World Index) erstmals wieder das Vorkrisenniveau. Auch die Rohstoffpreise legten im weiteren Jahresverlauf, trotz erneuter Anstiege des Infektionsgeschehens in Europa und den USA zum Jahresende sowie erneuter Lockdowns, wieder merklich zu.

Eurosystem weitet expansive Maßnahmen deutlich aus

Die Europäische Zentralbank (EZB) hat die Geldpolitik im vergangenen Jahr nochmals deutlich expansiver ausgerichtet. Zwar wurden die Leitzinsen nicht verändert, allerdings weitete das Eurosystem die unkonventionellen Maßnahmen deutlich aus – insbesondere die Wertpapierkäufe. Insgesamt wurden im vergangenen Jahr Wertpapiere im Umfang von netto rund 1.087 Mrd. EUR erworben.

Darüber hinaus hat die EZB die Konditionen für gezielte längerfristige Refinanzierungsgeschäfte nochmals attraktiver gestaltet, etwa durch eine Verlängerung des Zeitraums des ausgesprochenen günstigen Zinses für Ausleihungen. Zudem wurden die Anforderungen an notenbankfähige Sicherheiten gesenkt, um Banken den Zugang zu Zentralbankgeld weiter zu erleichtern. Trotz des massiven geldpolitischen Impulses schwächte sich die Inflation im Jahr 2020 pandemiebedingt deutlich ab. Im Jahresdurchschnitt lag die Inflation im Euroraum bei nur 0,3 %, nach 1,2 % im Jahr 2019.

Breiter Rückgang der Umlaufrenditen deutscher Bundesanleihen

Im vergangenen Jahr gaben insbesondere am langen Ende der Zinsstrukturkurve die Renditen deutscher Bundesanleihen deutlich nach. Im März wurden gar historische Tiefstände der Umlaufrenditen notiert. Zum Jahresende rentierten Anleihen mit einer Restlaufzeit von dreißig Jahren bei -0,17 %, 52 Basispunkte weniger als zum Ende des Vorjahres. Papiere mit einer Restlaufzeit von zehn Jahren notierten bei -0,58 %. Für Papiere mit einer Restlaufzeit von zwei Jahren lag die Umlaufrendite bei -0,71 %. Das waren 39 bzw. 11 Basispunkte weniger als zum Ende des Vorjahres. Maßgeblich für diesen breiten Rückgang der Umlaufrenditen dürften die Coronapandemie und der damit verbundene Einbruch der Konjunktur im Euroraum gewesen sein.

Euro wertet spürbar auf

Zu Jahresbeginn wertete der Euro gegenüber dem US-Dollar ab. Bis Mitte Mai gab der Euro um 3,9 % nach und

notierte bei 1,08 US-Dollar. Im weiteren Jahresverlauf wertete der Euro um 9,2 % auf und notierte nach Angaben der EZB zum Jahresende bei 1,23 US-Dollar, so dass der Euro im vergangenen Jahr deutlich an Außenwert gewann.

DAX nach Talfahrt auf neuem Allzeithoch

Insgesamt war das vergangene Jahr für Aktionäre durchaus rentabel. Der DAX legte im Jahresverlauf um 3,5 % zu und schloss zum Jahresende bei rund 13.719 Punkten. Unterjährig war das Jahr allerdings durch hohe Unsicherheit bezüglich des Verlaufs der Coronapandemie geprägt. Mit Ausbruch der Coronapandemie brachen die Aktienpreisnotierungen jedoch förmlich ein. Bis zum 18. März verlor der DAX rund 38,8 % seines Wertes. Im weiteren Jahresverlauf erholte sich der Index jedoch von diesem Einbruch.

3 Geschäftliche Entwicklung der Sparda-Bank Berlin eG

3.1 Wesentliche Bilanzgrößen

Bilanz	Berichtsjahr TEUR	Vorjahr TEUR	Veränderung TEUR	%
Bilanzsumme	6.419.895	6.657.207	-237.312	-3,6

Die Geschäftsentwicklung im aktiven Privatkundengeschäft verlief im Jahr 2020 leicht abschmelzend. Die Kundenforderungen verringerten sich um 1,3 %.

Das Neugeschäft bei den Baufinanzierungen entwickelte sich im Vergleich zum Vorjahr rückläufig. Die Neuzusagen für Baufinanzierungen einschließlich Prolongationen beliefen sich auf 219,3 Mio. EUR (Vorjahr 311,9 Mio. EUR). Bei den Konsumentenkrediten konnte ein Absatzvolumen von 12,6 Mio. EUR (Vorjahr 29,8 Mio. EUR) erreicht werden. Dabei ist die Reduzierung des Volumens im Vergleich zum Vorjahr auf die gesamtwirtschaftlich wirkende Pandemie und die daraus resultierenden Einschränkungen in den Kreditvergaberichtlinien der Bank zurückzuführen.

Aktivgeschäft	Berichtsjahr TEUR	Vorjahr TEUR	Veränderung TEUR	%
Kundenforderungen	2.443.918	2.475.457	-31.539	-1,3
Forderungen an Kreditinstitute	979.449	669.917	309.532	46,2
Wertpapiere	2.719.429	2.310.486	408.943	17,7

Die Forderungen an Kreditinstitute erhöhten sich im Geschäftsjahr um 46,2 %. Hintergrund dieser Veränderung ist die Verschiebung liquider Mittel im Rahmen der Verlage-

rung der indirekten Mindestreservehaltung von der Bundesbank aus der Position der Barreserve hin zur DZ Bank AG.

Der Wertpapierbestand erhöhte sich um 17,7 %. Trotz des anhaltenden negativen Zinsniveaus konnte Liquidität in neuen Wertpapieren, insbesondere in Wertpapieren der genossenschaftlichen Zentralbank, angelegt werden.

Den Schwerpunkt der Wertpapieranlagen bildeten unverändert Anlageklassen bester Bonität. Dies waren überwiegend Pfandbriefe und Covered Bonds von Emittenten mit Sitz in der Bundesrepublik Deutschland sowie Ländern der Europäischen Union. Um potenzielle Risiken aus Bonitätsveränderungen von Emittenten weiter zu reduzieren, wurden Risikokonzentrationen durch eine breite Diversifikation über Länder und Emittenten vermieden. Vorhandene Wertminderungen waren vorübergehender Natur und werden spätestens bei Fälligkeit der Wertpapiere ausgeglichen.

Wertpapiere mit einem Volumen von 2.719 Mio. EUR wurden dem Anlagevermögen zugeordnet. Im Wertpapierbestand unserer Bank gab es im Jahr 2020 keine Zahlungsstörungen.

Passivgeschäft	Berichtsjahr TEUR	Vorjahr TEUR	Veränderung TEUR	%
Spareinlagen	1.256.834	1.156.754	100.080	8,7
Andere Einlagen	4.546.947	4.903.100	-356.153	-7,3
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	145.528	148.628	-3.100	-2,1

Die Verbindlichkeiten gegenüber unseren Kunden verringerten sich im Vergleich zum Vorjahr insgesamt um 4,2 % auf 5.804 Mio. EUR. In den Spareinlagen unserer Kunden verzeichneten wir einen Anstieg um 8,7 % auf 1.257 Mio. EUR. Die anderen Einlagen reduzierten sich in diesem Jahr mit 356 Mio. EUR um 7,3 %. Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten verringerten sich um 2,1 %.

3.2 Außerbilanzielle Geschäfte

Derivative Geschäfte mit einem Bestand von 1,85 Mrd. EUR dienten ausschließlich der Absicherung von Zinsrisiken. Mit einem Volumen von 1,83 Mrd. EUR dienten zum Bilanzstichtag Swaps der Absicherung von Zinsänderungsrisiken im Rahmen der Aktiv-Passiv-Steuerung.

Zum Bilanzstichtag wurden Vermögensgegenstände mit einem Nominalvolumen von 25 Mio. EUR mit Micro-Hedges gegen Zinsänderungsrisiken abgesichert. Der wirksame Teil der gebildeten Bewertungseinheiten wird dabei nach der sogenannten „Einfrierungsmethode“ bilanziell abgebildet.

Die Micro-Hedges weisen die gleiche Endfälligkeit und Zahlungsstromstruktur wie die zugehörigen Grundgeschäfte auf und sind damit als perfekte Micro-Hedges ausgestaltet. Marktzinsinduzierte Wertänderungen gleichen sich daher bis zur Endfälligkeit vollständig aus. Die Wirksamkeit der Hedge-Beziehung ist aufgrund der Zahlungsstromidentität prospektiv und retrospektiv nachgewiesen.

Für Swaps der Aktiv-Passiv-Steuerung wurde die Wirksamkeit der Sicherungsbeziehung anhand der Auswirkung auf das allgemeine Zinsänderungsrisiko des gesamten Zinsbuches nachgewiesen. Unsere Bank hat die sogenannte verlustfreie Zinsbuchbewertung mit barwertiger Betrachtungsweise angewandt. Ein Verpflichtungsüberschuss hat sich zum Bilanzstichtag nicht ergeben.

3.3 Dienstleistungsgeschäfte

Im anhaltenden Negativzinsumfeld kommt den zinsunabhängigen Erträgen eine wachsende Bedeutung zu. Daher baut die Bank diese Ertragskomponente seit Jahren kontinuierlich aus.

Der Provisionsertrag konnte gegenüber dem Vorjahr um 9,4 % auf 51,3 Mio. EUR gesteigert werden. Dabei stellen die Erträge aus dem Vermittlungsgeschäft mit 22,6 Mio. EUR einen wesentlichen Teil der Provisionserträge dar. Zu den Erträgen aus dem Zahlungsverkehr zählen mit 19,1 Mio. EUR Kontoführungsgebühren sowie mit 9,5 Mio. EUR sonstige Gebühren für bankindividuelle Dienstleistungen.

Dienstleistungsgeschäfte	Berichtsjahr TEUR	Vorjahr TEUR	Veränderung TEUR	%
Vermittlungserträge	22.640	20.321	2.319	11,4
Erträge aus Zahlungsverkehr	28.643	26.596	2.047	7,7

Die Aufwendungen für Provisionen aus Vermittlungsgeschäften reduzierten sich hingegen im Vergleich zum Vorjahr um 1,5 Mio. EUR auf 4,1 Mio. EUR, d. h. um 27,3 %.

Trotz der das Jahr 2020 gesellschaftlich prägenden Coronapandemie gelang es unserer Bank auch in diesem Jahr, das Geschäft mit den Verbundpartnern erfolgreich zu steigern.

Im Vergleich mit den anderen Sparda-Banken erreichte unsere Bank, bezogen auf das Anlagevolumen, erneut den höchsten Absatz bei der Union Investment. Dabei konnte der Ertrag aus der Vermittlung von Fondsgeschäften um 8,9 % gesteigert werden. In der Zusammenarbeit mit der DEVK belegte unsere Bank im Bereich der Versicherungssummen erneut Platz 1 der Sparda-Banken. Bei der Bau-

sparkasse Schwäbisch Hall erreichte unsere Bank, bezogen auf das Absatzvolumen aller Genossenschaftsbanken, in Deutschland Platz 3.

Nach der Einführung des Verbundprodukts easyCredit der Teambank in 2019 wurde im Jahr 2020 ein Absatzvolumen von 35,1 Mio. EUR (Vorjahr 22,4 Mio. EUR) erreicht und der Bestand mehr als verdoppelt. In der Folge erreichte die Bank den höchsten Erfolgsbonus aller Spezialinstitute. Diese Kooperation trägt damit weiter zur Stärkung des Provisionsergebnisses bei.

Im Ergebnis stieg der Provisionsüberschuss um 14,4 % und erreicht erneut den höchsten Stand in der Geschichte der Bank.

3.4 Personal- und Sozialbereich

Die Beschäftigtenzahl belief sich 2020 im Durchschnitt auf 451 Vollzeitbeschäftigte, 303 Teilzeitbeschäftigte und 43 Auszubildende. Zum Stichtag 31.12.2020 waren in unserer Bank insgesamt 797 Mitarbeiter beschäftigt. Die durchschnittliche Mitarbeiterkapazität (MAK) betrug 672 und ist damit im Vergleich zum Vorjahr (678) leicht gesunken.

Die Aus- und Fortbildungsaufwendungen betrugen 450 TEUR (Vorjahr 591 TEUR). Diese resultierten maßgeblich aus regulatorisch erforderlichen Weiterbildungen und Zertifizierungen, Maßnahmen der Führungskräfteentwicklung, der Ausbildung des Führungsnachwuchses, der Qualifizierung der Vertriebsmitarbeiter im Hinblick auf ihre Kredit- und Wertpapierkompetenzen sowie aus finanziellen Beteiligungen an nebenberuflichen Fortbildungen und Hochschulstudiengängen im Rahmen des Talentmanagements. Dabei blieben die Kosten für Aus- und Weiterbildung im Vergleich zum Vorjahr konstant. Die Verringerung des Gesamtbetrages ist auf den Rückgang der Reisekosten zurückzuführen.

Den Herausforderungen der Pandemie wurde ab Mitte März mit angepassten und kontinuierlich weiterentwickelten Hygiene- und Sicherheitskonzepten sowie umfassenden mobilen Arbeitsmöglichkeiten begegnet, wobei verantwortungsvoll eine kontinuierliche Erreichbarkeit für unsere Kunden in den Filialen vor Ort wie auch digital sichergestellt wurde. Für die Mitarbeiter wurden vorausschauend ab April 2020 die mobilen Tätigkeitsmöglichkeiten erweitert und langfristig bis ins Jahr 2021 verlängert. In diesem Zusammenhang wurden ergänzend vielfältige Formen der sozialen Unterstützung angeboten, um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie gesondert zu fördern. Es wurden pandemiebedingt keine Filialen geschlossen und keine staatlichen Hilfen in Anspruch genommen.

4 Lage der Sparda-Bank Berlin eG

4.1 Ertragslage

Die wesentlichen Erfolgskomponenten unserer Bank haben sich gegenüber dem Vorjahr wie folgt entwickelt:

Gewinn- und Verlustrechnung (GuV)	Berichtsjahr TEUR	Vorjahr TEUR	Veränderung TEUR	%
Zinsüberschuss	59.826	61.456	-1.630	-2,7
Provisionsüberschuss	47.289	41.348	5.941	14,4
Verwaltungsaufwendungen				
a) Personalaufwand	48.441	46.352	2.089	4,5
b) andere Verwaltungsaufwendungen	42.384	43.192	-808	-1,9
Betriebsergebnis vor Bewertung	14.637	9.497	5.140	54,1
Bewertungsergebnis	-11.692	9.254	-20.946	-226,3
Betriebsergebnis nach Bewertung	2.945	18.751	-15.806	-84,3
Außerordentliches Ergebnis	0	0	0	0
Steueraufwand	520	-2.254	2.774	-123,1
Zuführung Fonds für allgemeine Bankrisiken	520	12.640	-12.120	-95,9
Jahresüberschuss	1.905	8.365	-6.460	-77,2
Bilanzgewinn	8.060	8.365	-305	-3,6

Der Zinsüberschuss verringerte sich insgesamt um 2,7 % auf 59,8 Mio. EUR. Die Verringerung begründet sich maßgeblich in der anhaltenden Negativzinspolitik der Europäischen Zentralbank.

Der Provisionsüberschuss erreichte 47,3 Mio. EUR und lag mit 5,9 Mio. EUR 14,4 % über dem Ergebnis des Vorjahres – ein historischer Höchststand seit Bestehen der Bank.

Die Bruttoerträge steigerten sich im Vergleich zum Vorjahr um 4,3 Mio. EUR auf 107,1 Mio. EUR.

Der Personalaufwand erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahr um 4,5 %. Die anderen Verwaltungsaufwendungen verringerten sich um 1,9 %.

Das Teilbetriebsergebnis konnte im Vergleich zum Vorjahr um 3,1 Mio. EUR auf 13,4 Mio. EUR gesteigert werden.

Das Bewertungsergebnis wie auch das Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit verringerten sich im Vergleich zum Vorjahr.

Der Steueraufwand der Bank entfällt auf das Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit.

Eine Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken konnte in Höhe von 520 TEUR vorgenommen werden.

Im Vergleich zum Vorjahr verringerte sich der Bilanzgewinn leicht um 3,6 %. In Erwartung eines pandemiebedingten rückläufigen Geschäftsverlaufs in 2020 wurde im Jahresabschluss 2019 aus dem Jahresüberschuss von 8,4 Mio. EUR vorsorglich ein Gewinnvortrag in Höhe von 6,2 Mio. EUR gebildet. Im Geschäftsjahr erreichte unsere Bank einen Jahresüberschuss von 1,9 Mio. EUR und einen Bilanzgewinn von 8,1 Mio. EUR.

Die Kapitalrendite gemäß § 26 a Abs. 1 Satz 4 KWG (Quotient aus Nettogewinn und Bilanzsumme) betrug zum Bilanzstichtag 0,03 %.

4.2 Finanz- und Liquiditätslage

Die Zahlungsfähigkeit der Bank war im Berichtsjahr stets gegeben. Die aufsichtsrechtlichen Bestimmungen wurden jederzeit erfüllt. Die LCR (Liquidity Coverage Ratio) betrug zum Bilanzstichtag 503,38 %.

Die Anteile wesentlicher Vermögenswerte und Verbindlichkeiten an der Bilanzsumme entwickelten sich wie folgt:

Anteil an der Bilanzsumme	Berichtsjahr %	Vorjahr %	Veränderung Prozentpunkte
Kundenforderungen	38,1	37,2	0,9
Forderungen an Kreditinstitute	15,3	10,1	5,2
Wertpapiere	42,4	34,7	7,7
Kundeneinlagen	90,4	91,0	-0,6
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	2,3	2,2	0,1

Unsere Bank ist der Sicherungseinrichtung (Garantieverbund) des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e. V. angeschlossen. Damit ist aus dem Garantieverbund für das Geschäftsjahr 2020 die Möglichkeit einer Verpflichtung bis zur Höhe von 8,3 Mio. EUR verbunden.

4.3 Vermögenslage

Unsere Bank ist mit 446.578 Teilhabern (Stand 31.12.2020) eine der mitgliederstärksten Genossenschaftsbanken Deutschlands und eine wichtige Größe in der Genossenschaftlichen FinanzGruppe.

Das bilanzielle Eigenkapital stellt sich gegenüber dem Vorjahr wie folgt dar:

Eigenkapital	Berichtsjahr TEUR	Vorjahr TEUR	Veränderung TEUR	%
Gezeichnetes Kapital	238.653	217.280	21.373	9,8
Rücklagen	106.030	104.863	1.167	1,1

Das gezeichnete Kapital konnte um 9,8 % erhöht werden. Die Rücklagen stiegen um 1,1 %.

Wesentliche Veränderungen beim Eigenkapital ergaben sich durch den Ausbau der Geschäftsguthaben unserer Mitglieder. Neben den Rücklagen unserer Bank besteht ein Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340 g HGB in Höhe von 56 Mio. EUR.

Die Eigenkapitalausstattung entspricht den gesetzlichen Anforderungen und erlaubt in den strategischen Geschäftsfeldern stetiges Wachstum.

Die Kapitalbasis der Bank konnte im Geschäftsjahr 2020 abermals gestärkt werden und erreicht den höchsten Stand seit Bestehen der Bank.

Die Gesamtkapitalquote, die harte Kernkapitalquote wie auch die Kernkapitalquote konnten im Vergleich zum Vorjahr erhöht werden. Dabei beträgt die Gesamtkapitalquote 21,1 % (Vorjahr 19,5 %). Die harte Kernkapitalquote und die Kernkapitalquote betragen jeweils 17,9 % (Vorjahr 16,2 %). Damit wurden die aufsichtsrechtlich geforderten Mindestgrößen jederzeit erfüllt. Eine weitere Stärkung der Eigenmittelausstattung ist weiterhin Ziel der Geschäftspolitik unserer Bank. Gleichwohl erwarten wir angesichts der steigenden aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderungen rückläufige Entwicklungen der Gesamt- und Kernkapitalquote.

4.4 Zusammenfassende Beurteilung der Lage der Bank

Die Ertragslage der Sparda-Bank Berlin eG konnte in 2020 im Vergleich zum Vorjahr trotz der starken Belastungen des anhaltenden Negativzinsumfelds sowie der volkswirtschaftlichen Folgen der Coronapandemie im Kundengeschäft insgesamt verbessert werden. Ein sinkender Zinsüberschuss konnte durch ein starkes Provisionsergebnis überkompensiert werden. Der Jahresüberschuss sank im Vergleich zum Vorjahr deutlich auf 1,9 Mio. EUR ab. Der im Vorjahr vorsichtig gebildete Gewinnvortrag wurde entgegen unseren Erwartungen nicht benötigt und kann stattdessen in voller Höhe mit 6,2 Mio. EUR den Ergebnisrücklagen zugeführt werden.

Akute Risiken im Kreditgeschäft wurden durch Einzelwertberichtigungen abgedeckt. Im Anlagevermögen bestanden weiterhin Wertminderungen, die als vorübergehend eingestuft werden. Kapitalausstattung und -reserven wurden 2020

ein weiteres Mal gestärkt. Das nunmehr sechste Jahr in Folge erreicht unsere Bank die höchste Kapitalausstattung seit ihrem Bestehen.

5 Erklärung zur Unternehmensführung

Im Jahr 2015 wurde das „Gesetz für eine gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst“ seitens der Bank umgesetzt.

Die aktuell festgelegte Zielgröße für die Besetzung des Aufsichtsrats mit Frauen beträgt 27 %. Zum Bilanzstichtag betrug die Frauenquote 21 %. Für die Besetzung des Vorstandes gilt eine Zielgröße von 0 %. Beide Zielfestsetzungen sind maßgeblich für den Zeitraum bis zum 30.06.2022.

Der Vorstand hat gemäß § 9 Abs. 3 GenG für die Besetzung der ersten und zweiten Führungsebene mit Frauen Zielgrößen für den Zeitraum bis 30.06.2022 festgelegt. Die Zielgröße für die erste Führungsebene beträgt 25 %, für die zweite Führungsebene 50 %. Zum Bilanzstichtag betrug der Anteil der Frauen in der ersten Führungsebene 18 %, in der zweiten Führungsebene 75 %.

6 Nichtfinanzielle Erklärung (Nachhaltigkeitsbericht)

Neben dem Lagebericht veröffentlicht die Bank jedes Jahr eine nichtfinanzielle Erklärung nach den Vorgaben des Deutschen Nachhaltigkeitskodex (DNK). Die DNK-Erklärung erfüllt die gesetzliche Berichtspflicht nach dem CSR-Richtlinien-Umsetzungsgesetz (CSR-RUG). Darin wird jährlich und fortlaufend zu den Bereichen Strategie, Prozessmanagement, Umwelt und Gesellschaft berichtet.

Die gesonderte nichtfinanzielle Erklärung wird zusammen mit dem Lagebericht im Bundesanzeiger offengelegt. Darüber hinaus verlinkt die Webseite unserer Bank auf die öffentlich zugängliche Datenbank des DNK.

7 Risiken der künftigen Entwicklung (Risikobericht)

7.1 Risikomanagement

Unsere Bank hat auf Grundlage der MaRisk angemessene Risikosteuerungsprozesse eingerichtet, die eine Identifi-

zierung, Beurteilung, Steuerung sowie Überwachung und Kommunikation der definierten wesentlichen Risiken gewährleisten. Diese Prozesse sind in die Gesamtbanksteuerung eingebunden. Grundlage der Gesamtbanksteuerung und der Risikoneigung ist insbesondere die von der Geschäftsleitung festgelegte Kapital- und Risikostrategie der Bank.

Die Risikosteuerungsprozesse gewährleisten, dass Risikopotenziale aus den als wesentlich definierten Risiken frühzeitig erkannt werden. Hierzu wird mindestens jährlich, darüber hinaus im Bedarfsfall anlassbezogen, eine Risikoinventur durchgeführt. Die Risikoaggregation der als wesentlich definierten und in der Risikotragfähigkeit berücksichtigten Risiken erfolgt additiv. Für die im Rahmen der Risikotragfähigkeit berücksichtigten Risiken werden regelmäßig Stresstests in Form risikoartenspezifischer Sensitivitätsanalysen sowie risikoartenübergreifender Szenariobetrachtungen simuliert und deren Ergebnisse ausgewertet. Dabei werden Ertrags- und Risikokonzentrationen berücksichtigt.

Im Einklang mit aufsichtlichen Festlegungen hat unsere Bank die implementierten Risikomesssysteme validiert und sie als ganzheitlichen, risikoartenübergreifenden Impulsgeber weiterentwickelt. Der Vorstand wird turnusmäßig über die Risikosituation, induzierte Frühwarnsignale und die Ergebnisse der Stresstests informiert. Die Berichterstattung erfolgt darüber hinaus an alle steuerungsrelevanten Bereiche der Bank und den Aufsichtsrat.

Grundlage des Risikomanagements ist die Risikotragfähigkeit. Diese verfolgt das Ziel der langfristigen Sicherung der Substanz, des Schutzes der Gläubiger vor Verlusten und der Fortführung des Instituts. Die Berechnung der Risikotragfähigkeit erfolgt – in Anlehnung an richtunggebende aufsichtliche Verlautbarungen – aus barwertiger Sicht in der Ökonomischen Perspektive und aus einer periodischen, aufsichtlichen Betrachtung in der Normativen Perspektive.

Das zum Bilanzstichtag eingesetzte Risikokapital (Limitvergabe) betrug 323 Mio. EUR im Rahmen der Ökonomischen Perspektive.

Das Risikomanagement beinhaltet darüber hinaus ein Monitoring stiller Lasten und Reserven auf Wertpapiere des Depots A sowie Zinsswaps der Aktiv-Passiv-Steuerung.

Aufgrund vorteilhafter Marktbedingungen und relativer wirtschaftlicher Stärke der Bank konnte einer der größten Risikotreiber des Adressrisikos, die italienische Staatsanleihe im Asset-Swap-Paket mit einer Laufzeit bis 2039, in wesentlichem Maße reduziert und nach dem Bilanzstichtag in voller Höhe veräußert werden.

7.2 Kreditrisiken

Die Grundlage für das Kreditgeschäft bildet die Kapital- und Risikostrategie unserer Bank. Die Kreditvergabe wird konzeptionell durch die von der parcIT bereitgestellten Verfahren zur Bonitätseinschätzung (VR-Ratingverfahren) begleitet. Die Früherkennung von Kreditrisiken ist ein wesentlicher und integraler Bestandteil des Kreditgeschäfts und des Kreditrisikomanagements. Die Ziele sind eine rechtzeitige Risikoantizipation und die Möglichkeit, geeignete Maßnahmen gegen drohende Verluste einzuleiten. Für das Privatkundengeschäft werden quantitative und qualitative Prozesse zur Früherkennung von Kreditrisiken genutzt.

Die Kreditnehmer-, Größen- und Sicherheitenstrukturen des Kreditbestandes sind – vor allem aufgrund der hohen Granularität des Kundenkreditgeschäfts – als positiv einzuschätzen. Der Schwerpunkt im Kreditbestand liegt im Privatkundengeschäft. Das Kundenkreditvolumen ist zum Großteil grundpfandrechtl. besichert, so dass größere nachteilige Auswirkungen auf die Risikolage unserer Bank weitestgehend ausgeschlossen werden können.

Die Kreditrisiken bei den Wertpapiereigenanlagen werden über Ratinginformationen sowie zusätzliche qualitative Einschätzungen gesteuert. Ferner werden Ad-hoc-Mitteilungen der Emittenten selbst sowie Studien externer Ratingagenturen hinzugezogen. Die Einschätzungen unserer Bank werden turnusmäßig aktualisiert.

Möglichen Adressrisiken in den Wertpapieranlagen begegnet unsere Bank grundsätzlich dadurch, dass als Schwerpunkt Papiere mit einem Investmentgrade-Rating in den Bestand genommen werden. Von hoher Bedeutung sind dabei die zum Zeitpunkt des Erwerbs gegebene Liquidität der Anleihen und die Bonität der Schuldner. Zusätzlich zum Rating wird auf eine angemessene Diversifikation zwischen Emittenten einerseits und Herkunftsländern andererseits geachtet, die durch ein Struktur- und Einzelnamelimitsystem operationalisiert wird.

Auf Gesamtbankebene werden die unerwarteten Kreditrisiken für das Kundenkreditgeschäft in der Ökonomischen Perspektive mittels eines versicherungsmathematischen Ansatzes gemessen. Die Messung für die Wertpapieranlagen umfasst je nach definiertem Teilportfolio neben dem Ausfallrisiko auch Migrationsrisiken und Risiken aus Credit-Spread-Volatilitäten. Die Messung erfolgt in einem Simulationsmodell auf einem Konfidenzniveau von 99,9%. Bei der Messung werden auch Konzentrationsrisiken berücksichtigt. In der Normativen Perspektive werden die aufsichtlich geforderten Risikobeträge (Kreditrisiko-Standardansatz) angesetzt. In adversen Szenarien (z. B. schwerer konjunktureller Abschwung) werden darüber hinaus widrige Entwicklungen wie zum Beispiel Ratingverschlechterungen unterstellt.

7.3 Marktpreisrisiken

Unsere Bank geht Marktpreisrisiken in den Bereichen Zinsen, Fonds und Volatilitäten ein. Es gibt keine direkten Investments in Fremdwährungen.

Marktpreisrisiken für unsere Bank bestehen in den zins- und kursabhängigen Geschäften. Dabei wird in der Steuerung des Zinsbuches zwischen der Absicherung des Kundengeschäfts sowie des sonstigen Geschäfts unterschieden. Ein Teilportfolio des Zinsbuches dient der Absicherung der im Kundengeschäft vereinnahmten Margen gegen Zinsänderungsrisiken. In einem weiteren Teil werden Marktpreisrisiken zur Erzielung von Überrenditen eingegangen (Asset-Allokation). Die gewählte Asset-Allokation unterstützt die Vermeidung einseitiger Risikoausprägungen durch eine Diversifikation der Anlagen. Es ist sichergestellt, dass Eigenhandelsgeschäfte nur im Rahmen klar definierter Kompetenzregelungen getätigt werden. Ein Handelsbuch im Sinne des Art. 4 Abs. 86 CRR unterhält unsere Bank nur im Rahmen der Bagatellgrenzen des Art. 94 CRR. Auch im Rahmen dieser Bagatellgrenzen wurden 2020 keine Umsätze getätigt.

Unsere Bank stärkt die Erträge der Bank durch Beimischung von Immobilienfonds und Private-Equity- / Mezzaninefonds zum Bankportfolio. In einem detaillierten und individuellen Auswahlprozess werden für unsere Bank passende Fondsgesellschaften identifiziert. Mit Hilfe von Szenarioanalysen und Benchmarkingverfahren werden konservative, qualifizierte Risikoabschläge für jeden Fonds ermittelt und in der Risikotragfähigkeit berücksichtigt.

Auf Gesamtbankebene werden die Marktpreisrisiken in der Ökonomischen Perspektive mit einem Value-at-Risk-Verfahren (historische Simulation) gemessen. Die wertorientierte Messung erfolgt unter Verwendung des Quantilswerts auf einem Konfidenzniveau von 99,9 %. In der Normativen Perspektive werden im adversen Szenario (schwerer konjunktureller Abschwung) die periodischen Auswirkungen weiterer Zinssenkungen im Mittelfristplanungshorizont simuliert. Marktpreisrisiken bestehen nur im Anlagebuch.

7.4 Liquiditätsrisiken

Das Liquiditätsrisiko steuert unsere Bank durch die Strukturierung der Aktiva und Passiva sowie durch eine, gemessen an der aufsichtsrechtlichen Liquiditätskennzahl, ausreichende Liquiditätsvorsorge, so dass sich keine nennenswerten Abruf- und Terminrisiken ergeben.

Die Anforderungen der BaFin hinsichtlich der Liquiditätsausstattung der Kreditinstitute übererfüllte unsere Bank. Die Bank ist in die Genossenschaftliche FinanzGruppe eingebunden, so dass die Liquiditätsversorgung jederzeit gewährleistet ist. Auch im Rahmen der marktweiten

Stress- und Krisensituationen war die Sicherstellung der Liquidität über die Genossenschaftliche FinanzGruppe sowie die Refinanzierung bei der EZB jederzeit möglich.

Dispositive Liquiditätsrisiken werden von unserer Bank im Rahmen von turnusmäßigen Liquiditätsstresstests, einem implementierten Liquiditätsmanagement, eingerichteten Notfallplänen und einer Überwachung aufsichtlicher Liquiditätskennzahlen gesteuert. Hierunter subsumiert die Bank auch den liquiditätsrisikoinduzierten Teil der Reputationsrisiken.

Unsere Bank verfügt über ein System zur verursachungsgerechten internen Verrechnung der jeweiligen Liquiditätskosten und -nutzen. Der gewählte methodische Ansatz berücksichtigt hierbei den Komplexitätsgrad der eigenen Geschäftsaktivitäten.

In der internen Risikotragfähigkeitsrechnung werden potenzielle, in einem angenommenen Risikoszenario eintretende höhere Wiedereindeckungskosten als anzurechnender Risikobetrag berücksichtigt.

7.5 Operationelle Risiken

Neben den Kredit-, Marktpreis- und Liquiditätsrisiken überwacht unsere Bank auch operationelle Risiken (z. B. Betriebsrisiken im IT-Bereich, fehlerhafte Bearbeitungsvorgänge, Rechtsrisiken, Betrugs- und Diebstahlrisiken, allgemeine Geschäftsrisiken). Auftretende Schäden werden in einer Schadenfalldatenbank erfasst.

In der internen Risikotragfähigkeitsrechnung werden operationelle Risiken mittels eines Value-at-Risk-Verfahrens zur Quantifizierung des Risikobetrages berücksichtigt. Die Messung erfolgt in der Ökonomischen Perspektive unter Verwendung des Quantilswerts auf einem Konfidenzniveau von 99,9 %. In der Normativen Perspektive wird die aufsichtliche Eigenmittelanforderung aus dem Basisindikatoransatz berücksichtigt und für den Mittelfristplanungshorizont geplant.

7.6 Vertriebsrisiken

Im Hinblick auf die geschäftspolitische Ausrichtung unserer Bank stellen Vertriebsrisiken eine wesentliche Risikoart dar, in der sich auch strategische Risiken sowie Reputationsrisiken realisieren können. Unerwartet ausbleibende vertriebliche Erfolge finden im adversen Szenario der Normativen Perspektive durch die Annahme alternativer Absatzvolumina Berücksichtigung. Unsere Bank steuert diese Risiken durch eine eigenständige zentrale Organisationseinheit – das Vertriebsmanagement. Das Berichtswesen erfolgt turnusmäßig in den relevanten Gremien. Ertragskonzentrationen aus dem Privatkundengeschäft werden im Stresstest bzw. im adversen Szenario berücksichtigt.

7.7 Modellrisiken

Ausgehend von einer bankweiten Modellinventur klassifiziert unsere Bank die verwendeten Risikomodelle hinsichtlich der Kriterien Einfachheit, Transparenz und Konservativität (ETK). Auf der Grundlage von Modellannahmen und -grenzen sowie inhärenten Modellschwächen werden qualitative und quantitative Bewertungen vorgenommen. Das in der Risikotragfähigkeit berücksichtigte Modellrisiko entspricht der Summe der Einzelrisiken je relevantes Risikomodelle. Der Risikobeitrag findet in der Normativen Perspektive in den zusätzlichen Eigenmittelanforderungen aus dem aufsichtlichen Überprüfungsprozess (SREP) Eingang.

7.8 Nachhaltigkeitsrisiken

Nachhaltigkeitsrisiken sind Ereignisse oder Bedingungen aus den Bereichen Umwelt, Soziales oder Unternehmensführung (ESG-Risiken), deren Eintreten tatsächlich oder potenziell negative Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage sowie auf die Reputation der Bank haben kann. Die turnusmäßige Risikoinventur dient als erste Bestandsaufnahme der aktuellen Handlungsfelder der Bank. Auf dieser Grundlage werden Nachhaltigkeitsrisiken im Zusammenhang mit den wesentlichen Risikoarten berücksichtigt. Einige potenzielle Einflüsse werden im Rahmen der Risikosteuerung im Operationellen Risiko berücksichtigt. In Zusammenarbeit mit dem BVR eruierte die Bank als ein Pilotinstitut der Genossenschaftlichen Finanzgruppe den Umsetzungsstand der Integration von Nachhaltigkeitsaspekten in die Banksteuerung. Auf dieser Grundlage kann zukünftig ein strategisches Zielbild abgeleitet werden.

7.9 Kapitalplanung

Unsere Bank plant die Ausgestaltung der Kapitalsubstanz vor dem Hintergrund aufsichtlicher und gesetzlicher Anforderungen sowie mit Blick auf die unmittelbaren betriebswirtschaftlichen Erfordernisse als integrativen Bestandteil der Mittelfristplanung. Dabei steht die Stärkung der Kapital- und Mitglieberbasis im Fokus. Strenge Nebenbedingung der Mittelfristplanung ist die Einhaltung aufsichtlicher (inkl. institutsspezifischer) Kapitalanforderungen sowie eine jederzeit gegebene Risikotragfähigkeit. Die Kapital- und Risikoplanung ist im Strategie- und Planungsprozess verankert, der turnusmäßig jährlich bzw. bei gegebenem Anlass durchlaufen wird.

7.10 Gesamtbeurteilung der Risikolage

Die Risikotragfähigkeit war zu jedem Zeitpunkt des Geschäftsjahres 2020 gegeben. Das Verhältnis des Gesamtrisikos zur Risikodeckungsmasse beträgt in der Ökonomischen Perspektive zum Bilanzstichtag rund 42 %. Die Kapitalauslastung in der Säule I beträgt rund 61 %.

Somit ist die Kapital- und Risikolage als stabil zu bezeichnen. Während des gesamten Geschäftsjahres 2020 wurden keine aufsichtsrechtlichen Kennzahlen bzw. Grenzen verletzt. Unserer Bank ist es auch im zurückliegenden Geschäftsjahr 2020, das mit der Coronapandemie durch geschäftsbetriebseinschränkende Umstände gekennzeichnet war, gelungen, zusätzliche Reserven zu bilden. Der im Jahresabschluss 2019 von der Vertreterversammlung beschlossene Gewinnvortrag kann in voller Höhe den Ergebnisrücklagen zugeführt werden.

Weiterhin vorhandene Wertminderungen bei den Wertpapieren im Anlagebestand werden von unserer Bank als vorübergehend angesehen.

Die weltwirtschaftlichen Auswirkungen des Coronavirus sind weiterhin nicht abschließend abschätzbar. Die realwirtschaftlichen Auswirkungen infolge von Produktionseinschränkungen, Kurzarbeit, Beschäftigungsrückgang und privatem Konsumverhalten können nur konservativ approximiert werden. Unsere Bank beobachtet und analysiert weiterhin Risikofaktoren bzw. -treiber auf eine etwaige Beeinflussung durch das Coronavirus. Staatliche Hilfen und Fördermaßnahmen stützen das Zahlungsverhalten unserer Privatkunden. Unsere Bank hat bislang keine erhöhten Ausfälle im Kreditgeschäft beobachtet. In der Mittelfristplanung wurde eine konservative Abschätzung des Bewertungsergebnisses aus dem Kreditgeschäft unter Berücksichtigung adverser Annahmen für die Ausfallwahrscheinlichkeit verankert.

Möglichen operationellen Risiken, insbesondere durch Ausfall wesentlicher Teile des alltäglichen Bankgeschäftes aufgrund der notwendig gewordenen Quarantäne mehrerer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, begegnete unsere Bank durch die kurzfristige Bereitstellung von mobilen Arbeitsplätzen und die Einrichtung eines Krisenstabs. Auch zukünftige pandemische Entwicklungen werden intensiv beobachtet und eine Handlungsfähigkeit der Bank wird sichergestellt.

Nach derzeitigem Planungsstand wird die Risikotragfähigkeit im Berichtszeitraum 2021 angesichts der laufenden Ertragskraft und Kapitalsubstanz der Bank gegeben sein.

8 Voraussichtliche Entwicklung mit wesentlichen Chancen und Risiken (Prognosebericht)

Die Überarbeitung der Unternehmensstrategie im Jahr 2020 erfolgte unter Würdigung der sich stetig und gleichsam dynamisch verändernden Markt- und Rahmenbedingungen und deren konkreter Einflüsse auf die künftige geschäftliche Entwicklung der Bank, die im Einzelnen aufgeführt sind.

Die Zinspolitik der Zentralbanken stellt einen wesentlichen Einfluss auf die Geschäftstätigkeit und das Ergebnis der Bank dar. Seit Jahren bewirkt das anhaltende Niveau negativer Geld- und Kapitalmarktsätze einen nachhaltigen Rücklauf der Margen im Kundeneinlagengeschäft mit entsprechenden Auswirkungen auf die Ertragsposition der Bank. Eine ähnlich herausfordernde Situation ergibt sich für das Kundenkreditgeschäft. Damit einher geht auch die zusätzlich herausfordernde Situation für das Eigengeschäft, angemessene Erträge innerhalb des Risikoprofils der Bank zu generieren, da die entsprechenden Anlagemöglichkeiten begrenzt sind. Für die Bank führt das wiederum zu einer GuV-belastenden Liquiditätshaltung. Der verfassungsrechtlich fragwürdige Negativzins erschwert somit ein nachhaltig rentables Bankgeschäft, so dass – unter einem Fortbestehen dieser Rahmenbedingungen – die zukünftige Geschäftsentwicklung unserer Bank eine grundlegende Herausforderung bleibt.

Die Abkehr vom gegenwärtigen Niedrig- und Negativzinsumfeld würde das zukünftige Ertrags- bzw. Risikoprofil der Bank maßgeblich begünstigen, wenngleich dies unter mittelfristiger Erwartungshaltung – insbesondere innerhalb des gegenwärtigen mittleren Planungshorizonts von 2021 bis 2023 – nahezu ausgeschlossen ist. Die Bank hat insofern die in einem längerfristig negativen Zinsniveau gegebenen Herausforderungen anzunehmen.

Während das Zinsumfeld grundsätzlich belastend auf eine auskömmliche Bepreisung wirkt, verstärkt ein in seiner Intensität sich verschärfender Preiswettbewerb zudem den Druck auf die Zinserträge.

Eine ähnlich angespannte Situation weist das Provisionsergebnis der Bank auf. Obwohl einer konsequenten, aufwandsinduzierten Preissteuerung von Bankdienstleistungen eine signifikante Relevanz zukommt, schränken stärkere Reglementierungen die Durchsetzung des Preis- und Gebührenkatalogs der Bank (z. B. Karten und Zahlungsverkehr) in Teilen ein. Einer möglichen Steigerung der Wertbeiträge aus dem Verbundgeschäft – nicht zuletzt auch zur Teilkompensation wegfallender bzw. geschwächter Ertragspositionen – kommt daher eine besondere Rolle zu.

Auch das sich fortwährend verändernde Kundenverhalten hat einen wesentlichen Einfluss auf die prognostizierten Rahmenbedingungen. Digitalisierung in Form von Onlineabschlussfähigkeit von Produkten, digitalen Prozessstrecken, Kontaktwegen, aber auch automatisierten Bearbeitungsprozessen wird für Kunden fortwährend zur Basisanforderung. Für Banken werden die Weiterentwicklung und das Bedienen dieser Bedürfnisse zum kritischen Erfolgsfaktor. Die damit verbundenen notwendigen Investitionen belasten ebenso die Aufwandseite wie auch die Bewältigung der weiter steigenden regulatorischen Anforderungen an die technisch-organisatorische Ausstattung und Steuerung der Banken. Die zu Beginn 2020 ausge-

brochene Coronapandemie beschleunigte und intensivier- te diese beschriebenen Entwicklungen.

Mit der Zulassung verschiedener Impfstoffe sowie deren flächendeckendem Einsatz gehen wir ab Mitte 2021 von einer zunehmenden Normalisierung der Wirtschaftsleistung (Kaufkraft) aus.

Die gesamte Ergebnisentwicklung der Bankenbranche wird durch die vorgenannten Einflussfaktoren geprägt sein. Der Konsolidierungsdruck wird weiter erhalten bleiben bzw. sich intensivieren.

Unter Berücksichtigung der genannten Rahmenbedingungen fokussiert die Strategie das nachhaltige Fortbestehen des Unternehmens und setzt dabei wirtschaftlich sowohl auf die Optimierung der Kosten als auch auf eine Stabilisierung der Erträge und damit auf eine zunehmende Unabhängigkeit von der Zinsentwicklung am Geld- und Kapitalmarkt. Die Stärkung der eigenen Veränderungsfähigkeit, die Zentrierung des Kunden und seiner Bedürfnisse, das Erkennen und Nutzen von Digitalisierungschancen sowie die Stärkung der Bekanntheit der Marke Sparda-Bank Berlin sind in unserer Strategie verankert. Mit diesen Tätigkeitsschwerpunkten sind wir in der Lage, effizient und diszipliniert, mit einer hohen Kundenwirkung über und mit unseren digitalen Kanälen erfolgreich den künftigen Herausforderungen zu begegnen.

Vor diesem Hintergrund und unter Berücksichtigung geplanter Maßnahmen im Eigengeschäft der Bank bei weiterhin anhaltendem Negativzinsumfeld erwarten wir in den kommenden beiden Geschäftsjahren ein stabiles Zinsergebnis sowie einen moderaten Anstieg im Provisionsergebnis unserer Bank.

Der beschriebene, voraussichtliche Geschäftsverlauf basiert auf einer Vielzahl von Prognosen. Dies sind insbesondere Annahmen zur Entwicklung von Marktpotenzialen, Rahmenbedingungen, Absatzvolumina und Margen. Die tatsächliche Geschäftsentwicklung kann daher – insbesondere vor dem Hintergrund der nicht abschließend absehbaren Entwicklungen der Pandemie und ihrer Auswirkungen auf die Gesamtwirtschaft – von dem voraussichtlichen Geschäftsverlauf abweichen.

Berlin, 21. April 2021

Der Vorstand

B.

Bericht des Aufsichtsrats

Der Aufsichtsrat hat im Berichtsjahr die ihm nach Gesetz, Satzung und Geschäftsordnung obliegenden Aufgaben erfüllt. Er nahm seine Überwachungsfunktion wahr und fasste die in seinen Zuständigkeitsbereich fallenden Beschlüsse.

Der Vorstand informierte den Aufsichtsrat und die Ausschüsse des Aufsichtsrats in regelmäßig stattfindenden Sitzungen über die Geschäftsentwicklung, die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage sowie über besondere Ereignisse. Darüber hinaus stand der Aufsichtsratsvorsitzende in einem engen Informations- und Gedankenaustausch mit dem Vorstand.

Im Jahr 2020 hat der Aufsichtsrat insgesamt 10 Sitzungen abgehalten. Schwerpunkte der Beratungen im Aufsichtsrat bildeten die geschäftliche Entwicklung der Bank, die Zielerreichung sowie die Vertriebsergebnisse, Satzungsfragen, Kreditgeschäft, Planung und Investitionen sowie Risikoberichte und -strategie. Des Weiteren waren Entwicklungs- und Konsolidierungsoptionen Bestandteil der Beratungen.

Der Aufsichtsrat hat aus seiner Mitte einen Präsidialausschuss, einen Prüfungsausschuss, einen Investitionsausschuss und einen Risiko- und Kreditausschuss eingerichtet. Die Ausschüsse berichten in den Sitzungen des Gesamtaufichtsrats regelmäßig über ihre Tätigkeit. Der Risiko- und Kreditausschuss hat in allen vorgeschriebenen Fällen bei der Kreditvergabe mitgewirkt.

Der Prüfungsbericht des Verbands über die gesetzliche Prüfung wird ordnungsgemäß beraten, bestätigt und unterzeichnet.

Der vorliegende Jahresabschluss 2020 mit Lagebericht wurde vom Verband der Sparda-Banken e. V., Frankfurt am Main, geprüft. Über das Prüfungsergebnis wird in der Vertreterversammlung berichtet und beraten.

Den Jahresabschluss, den Lagebericht und den Vorschlag des Vorstands für die Verwendung des Jahresüberschusses sowie den Nachhaltigkeitsbericht hat der Aufsichtsrat geprüft und für in Ordnung befunden.

Der Aufsichtsrat wird in diesem Jahr erneut gemäß §3 Abs. 3 des Gesetzes über Maßnahmen im Gesellschafts-, Genossenschafts-, Vereins-, Stiftungs- und

Wohnungseigentumsrecht zur Bekämpfung der Auswirkungen der COVID-19-Pandemie den Jahresabschluss zum 31.12.2020 feststellen und der Vertreterversammlung von dem Ergebnis berichten.

Der Aufsichtsrat empfiehlt der Vertreterversammlung, die vom Vorstand vorgeschlagene Verwendung des Jahresüberschusses zu beschließen.

Im Jahr 2021 scheidet turnusgemäß – durch den Ablauf der Amtsperiode gemäß §24 Abs. 3 der Satzung – Mirko Albrecht, Sven Baunack, Uwe Henschel, Beate Hukauf, Bianka Matthai, Guido Menschner, Frank Nachtigall, Roland Rösner, Dietmar Scheel und Torsten Westphal aus dem Aufsichtsrat aus. Die Wiederwahl von ausscheidenden Mitgliedern des Aufsichtsrats ist zulässig.

Für die im zurückliegenden Jahr geleistete Arbeit spricht der Aufsichtsrat dem Vorstand und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern seinen Dank aus. Im Jahr 2020 waren insbesondere die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bank – bedingt durch die COVID-19-Pandemie – auf das Äußerste gefordert. Sie haben den Geschäftsbetrieb der Bank für Kundinnen und Kunden unter schwierigsten Bedingungen aufrechterhalten. Dafür gebührt ihnen ein besonderer Dank, Anerkennung und Respekt.

Berlin, 6. Mai 2021

Vorsitzender des Aufsichtsrats

Torsten Westphal

Jahresbilanz zum 31.12.2020

Aktivseite	EUR	EUR	EUR	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr TEUR
1. Barreserve					
a) Kassenbestand			77.688.774,60		108.386
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken			6.645.435,74		934.961
darunter: bei der Deutschen Bundesbank	6.645.435,74				(934.961)
c) Guthaben bei Postgiroämtern			-	84.334.210,34	-
2. Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei Zentralnotenbanken zugelassen sind					
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schuldtitel öffentlicher Stellen			-		-
darunter: bei der Deutschen Bundesbank refinanzierbar	-				(-)
b) Wechsel			-		-
3. Forderungen an Kreditinstitute					
a) täglich fällig			912.970.576,20		583.265
b) andere Forderungen			66.478.740,00	979.449.316,20	86.651
4. Forderungen an Kunden				2.443.917.880,37	2.475.457
darunter: durch Grundpfandrechte gesichert	1.512.505.406,24				(1.506.785)
Kommunalkredite	-				(-)
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere					
a) Geldmarktpapiere					
aa) von öffentlichen Emittenten			-		-
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	-				(-)
ab) von anderen Emittenten			-		-
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	-				(-)
b) Anleihen und Schuldverschreibungen					
ba) von öffentlichen Emittenten		57.331.896,90			81.166
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	57.331.896,90				(81.166)
bb) von anderen Emittenten		1.792.448.757,91	1.849.780.654,81		1.325.602
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	1.746.957.292,81				(1.248.436)
c) eigene Schuldverschreibungen			-	1.849.780.654,81	-
Nennbetrag			-		(-)
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere				869.648.378,05	903.718
6a. Handelsbestand				-	-
7. Beteiligungen und Geschäftsguthaben bei Genossenschaften					
a) Beteiligungen			11.274.834,55		11.686
darunter: an Kreditinstituten			-		(-)
an Finanzdienstleistungsinstituten			-		(-)
b) Geschäftsguthaben bei Genossenschaften			8.050,00	11.282.884,55	3
darunter: bei Kreditgenossenschaften			-		(-)
bei Finanzdienstleistungsinstituten			-		(-)
8. Anteile an verbundenen Unternehmen					
darunter: an Kreditinstituten			-		(-)
an Finanzdienstleistungsinstituten			-		(-)
9. Treuhandvermögen					
darunter: Treuhandkredite			-		(-)
10. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch					
11. Immaterielle Anlagewerte					
a) Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte			-		-
b) Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten			149.865,13		175
c) Geschäfts- oder Firmenwert			-		-
d) Geleistete Anzahlungen			-	149.865,13	60
12. Sachanlagen				9.250.662,54	10.310
13. Sonstige Vermögensgegenstände				171.868.987,59	135.407
14. Rechnungsabgrenzungsposten				157.382,09	215
15. Aktive latente Steuern					
16. Aktiver Unterschiedsbetrag aus Vermögensverrechnung				54.509,18	145
17.					
Summe der Aktiva				6.419.894.730,85	6.657.207

Passivseite	EUR	EUR	EUR	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr TEUR
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten					
a) täglich fällig			4.743,12		9
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist			145.523.700,68	145.528.443,80	148.619
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden					
a) Spareinlagen					
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten	1.256.834.403,52				1.156.754
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten	-	1.256.834.403,52			-
b) andere Verbindlichkeiten					
ba) täglich fällig	4.546.643.604,36				4.902.249
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	303.550,15	4.546.947.154,51		5.803.781.558,03	851
3. Verbriefte Verbindlichkeiten					
a) begebene Schuldverschreibungen			-		-
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten			-	-	-
darunter: Geldmarktpapiere	-				(-)
eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf	-				(-)
3a. Handelsbestand				-	-
4. Treuhandverbindlichkeiten				-	-
darunter: Treuhandkredite	-				(-)
5. Sonstige Verbindlichkeiten				3.545.084,81	3.388
6. Rechnungsabgrenzungsposten				914.209,70	957
6a. Passive latente Steuern				-	-
7. Rückstellungen					
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen			8.713.888,92		8.543
b) Steuerrückstellungen			-		767
c) andere Rückstellungen			13.356.518,14	22.070.407,06	13.770
8.				-	-
9. Nachrangige Verbindlichkeiten				35.312.181,07	35.312
10. Genusrechtskapital				-	-
darunter: vor Ablauf von zwei Jahren fällig	-				(-)
11. Fonds für allgemeine Bankrisiken				56.000.000,00	55.480
darunter: Sonderposten n. § 340e Abs. 4 HGB	-				(-)
12. Eigenkapital					
a) Gezeichnetes Kapital			238.652.416,10		217.280
b) Kapitalrücklage			16.762.384,77		16.762
c) Ergebnisrücklagen					
ca) gesetzliche Rücklage	35.022.502,73				34.186
cb) andere Ergebnisrücklagen	54.245.162,98				53.915
cc)	-	89.267.665,71			-
d) Bilanzgewinn		8.060.379,80		352.742.846,38	8.365
Summe der Passiva				6.419.894.730,85	6.657.207
1. Eventualverbindlichkeiten					
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln			-		-
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen			1.047.190,19		1.268
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten			-	1.047.190,19	-
2. Andere Verpflichtungen					
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften			-		-
b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen			-		-
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen			120.140.787,83	120.140.787,83	199.826
darunter: Lieferverpflichtungen aus zinsbezogenen Termingeschäften	-				(-)

Gewinn- und Verlustrechnung

für die Zeit vom 01.01. bis 31.12.2020	EUR	EUR	EUR	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr TEUR
1. Zinserträge aus					
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften		67.107.367,42			71.989
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen		14.587.837,58	81.695.205,00		13.274
darunter: in a) und b) angefallene negative Zinsen	3.033.986,74				(4.083)
2. Zinsaufwendungen			-29.545.910,82	52.149.294,18	-35.077
darunter: erhaltene negative Zinsen	150.861,52				(-)
3. Laufende Erträge aus					
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren			7.677.300,15		11.017
b) Beteiligungen und Geschäftsguthaben bei Genossenschaften			109,00		253
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen			-	7.677.409,15	-
4. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen				-	-
5. Provisionserträge			51.345.419,48		46.930
6. Provisionsaufwendungen			-4.056.399,09	47.289.020,39	-5.582
7. Nettoertrag des Handelsbestands				-	-
8. Sonstige betriebliche Erträge				5.385.989,75	4.136
9.				-	-
10. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen					
a) Personalaufwand					
aa) Löhne und Gehälter		-39.742.639,67			-37.941
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung		-8.697.937,43	-48.440.577,10		-8.411
darunter: für Altersversorgung	-1.470.506,30				(-1.491)
b) andere Verwaltungsaufwendungen			-42.384.523,37	-90.825.100,47	-43.192
11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen				-2.852.748,74	-2.874
12. Sonstige betriebliche Aufwendungen				-4.186.518,49	-5.025
darunter: aus der Aufzinsung von Rückstellungen		-415.181,94			(-494)
13. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft			-3.976.322,61	-	-
14. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft			-	-3.976.322,61	11.643
15. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere			-7.715.664,92		-2.389
16. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren			-	-7.715.664,92	-
17. Aufwendungen aus Verlustübernahme				-	-
18.				-	-
19. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit				2.945.358,24	18.751
20. Außerordentliche Erträge				-	-
21. Außerordentliche Aufwendungen				-	-
22. Außerordentliches Ergebnis				-	(-)
23. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag			-519.913,94		2.221
24. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 12 ausgewiesen				-519.913,94	33
24a. Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken				-520.000,00	-12.640
25. Jahresüberschuss				1.905.444,30	8.365
26. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr				6.154.935,50	-
				8.060.379,80	8.365
27. Entnahmen aus Ergebnisrücklagen					
a) aus der gesetzlichen Rücklage				-	-
b) aus anderen Ergebnisrücklagen				-	-
				8.060.379,80	8.365
28. Einstellungen in Ergebnisrücklagen					
a) in die gesetzliche Rücklage				-	-
b) in andere Ergebnisrücklagen				-	-
				8.060.379,80	8.365
28a.				-	-
29. Bilanzgewinn				8.060.379,80	8.365

Anhang

A. Allgemeine Angaben

Die Sparda-Bank Berlin eG, Berlin, ist beim Amtsgericht Berlin-Charlottenburg unter der Genossenschaftsregister-Nummer 446 B eingetragen.

Der Jahresabschluss wurde nach den für Kreditinstitute geltenden Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) und der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute (RechKredV) aufgestellt. Die Gliederung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung richtet sich nach den vorgeschriebenen Formblättern.

B. Erläuterungen zu den Bilanzierungs-, Bewertungs- und Umrechnungsmethoden

Die Bewertung der Vermögensgegenstände und Schulden entspricht den allgemeinen Bewertungsvorschriften der §§ 252 ff. HGB unter Berücksichtigung der für Kreditinstitute geltenden Sonderregelungen (§§ 340 ff. HGB).

Forderungen an Kreditinstitute und Kunden

Forderungen wurden mit den Anschaffungskosten oder mit dem Nennwert ausgewiesen.

Die in den Forderungen an Kunden enthaltenen Bonitätsrisiken haben wir durch die Bildung von Einzelwertberichtigungen sowie Pauschalwertberichtigungen in ausreichender Höhe abgedeckt.

Die Ermittlung der versteuerten Pauschalwertberichtigung erfolgte auf Grundlage des IDW RS BFA 7 mittels des Expected-Loss-Ansatzes. Die Ermittlung der unversteuerten Pauschalwertberichtigungen erfolgte in Anlehnung an den Erlass der Finanzverwaltung auf Grundlage der Ausfallmethode.

Zur Sicherung gegen allgemeine Bankrisiken haben wir ferner Vorsorgereserven gemäß § 340 f HGB im Bestand.

Wertpapiere

Die Wertpapiere des Anlagevermögens wurden nach dem gemilderten Niederstwertprinzip mit ihren Anschaffungskosten bei einer voraussichtlich dauernden Wertminderung mit dem niedrigeren Börsen- oder Marktpreis bzw. dem niedrigeren beizulegenden Wert bewertet.

Bei diesen Wertpapieren wurden Anschaffungskosten über pari durch zeitanteilige Abschreibungen an den niedrigeren Einlöschungskurs angepasst.

Strukturierte Finanzinstrumente

Einfach strukturierte Finanzinstrumente wurden als einheitlicher Vermögensgegenstand bilanziert. Komplex strukturierte Produkte waren nicht im Bestand.

Beteiligungen und Geschäftsguthaben bei Genossenschaften sowie Anteile an verbundenen Unternehmen

Die Beteiligungen und die Geschäftsguthaben bei Genossenschaften wurden zu Anschaffungskosten, vermindert um dauerhafte Wertminderungen, bilanziert.

Immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen

Die Bewertung der immateriellen Anlagewerte und Sachanlagen erfolgte zu Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen nach der linearen Methode. Geringwertige Wirtschaftsgüter werden entsprechend den steuerlichen Vorschriften behandelt.

Sonstige Vermögensgegenstände

Sonstige Vermögensgegenstände wurden zum Nennwert bewertet.

Latente Steuern

Bei einer Gesamtdifferenzbetrachtung der temporären Differenzen errechnet sich ein aktiver Überhang von latenten Steuern, der in Ausübung des Wahlrechts nach § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB nicht angesetzt wurde.

Aktive Steuerlatenzen bestehen in den Positionen Forderungen an Kunden, Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere, Sonstige Vermögensgegenstände und andere Rückstellungen sowie im Fonds für allgemeine Bankrisiken. Passive Steuerlatenzen ergeben sich insbesondere in der Position Pensionen und ähnliche Verpflichtungen.

Aktiver Unterschiedsbetrag aus Vermögensverrechnung

Vermögensgegenstände, die die Voraussetzung des § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB erfüllen, wurden mit den Altersversorgungsverpflichtungen und vergleichbaren langfristigen Verpflichtungen verrechnet. Ein nach der Saldierung verbleibender Überhang wurde in Höhe von 54.509 EUR aktiviert.

Verbindlichkeiten

Die Passivierung der Verbindlichkeiten erfolgte zum jeweiligen Erfüllungsbetrag.

Rückstellungen

Rückstellungen wurden in Höhe des Erfüllungsbetrages gebildet, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist. Sie berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und ungewissen Verpflichtungen bzw. drohende Verluste aus schwebenden Geschäften. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr wurden gemäß § 253 Abs. 2 HGB mit dem Rechnungszins der Rückstellungsabzinsungsverordnung (RückAbzinsV) abgezinst.

Der Belastung aus Einlagen mit steigender Verzinsung und für Zuschläge sowie sonstige, über den Basiszins hinausgehende Vorteile für Einlagen wurde durch Rückstellungsbildung in angemessenem Umfang Rechnung getragen. Vom Beibehaltungswahlrecht des Artikel 67 Abs. 1 Satz 2 EGHGB wurde Gebrauch gemacht. Der Betrag der Überdeckung betrug zum 31. Dezember 2020 226.525,96 EUR.

Den Pensionsrückstellungen liegen versicherungsmathematische Berechnungen auf Basis der Heubeck-Richttafeln 2018 G zugrunde. Die Verpflichtungen wurden nach dem modifizierten Teilwertverfahren ermittelt. Bei den Rückstellungen für Altersteilzeit wurde der Barwert angesetzt.

Für die Pensionsrückstellungen wurde eine Rentendynamik in Höhe von 2 % zugrunde gelegt. Für die Rückstellungen aus Altersteilzeit werden als Lohn- und Gehaltstrend 2 % angenommen.

Die Abzinsung der Pensionsrückstellungen erfolgte unter Annahme einer Restlaufzeit von 15 Jahren (Vereinfachungsregel) mit dem durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen zehn Jahre auf Basis einer Prognose des Zinssatzes per Dezember 2020 (2,31 %). Im Vergleich zu einer Abzinsung mit einem entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Jahre ergibt sich ein Unterschiedsbetrag von 1.465.166 EUR.

Erfolgswirkungen aus einer Änderung des Diskontierungssatzes im Zusammenhang mit den Pensionsrückstellungen werden im Personalaufwand ausgewiesen.

Bei Altersversorgungsverpflichtungen und vergleichbaren langfristigen Verpflichtungen, die die Voraussetzungen des § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB erfüllen, haben wir die Verpflichtungen mit den ihnen zuzurechnenden Vermögensgegenständen verrechnet.

Für arbeitgeberfinanzierte Zusagen betragen die historischen Anschaffungskosten der zu verrechnenden Vermögensgegenstände 10.728.915 EUR. Diese entsprechen dem beizulegenden Zeitwert, der unter Zugrundelegung der Aktivwerte nach EStR zu § 6 a EStG (23) durch die Versicherungsgesellschaft ermittelt wurde. Die Vermögensgegenstände wurden in Höhe von 10.674.406 EUR mit dem Erfüllungsbetrag der Pensionen und vergleichbaren Verpflichtungen verrechnet.

Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen betragen 8.713.889 EUR und entfielen ausschließlich auf bereits ausgeschiedene Vorstände und Angestellte.

Aufzinsungsaufwendungen für Pensionsverpflichtungen wurden mit korrespondierenden Erträgen aus dem Deckungsvermögen in Höhe von 50.039 EUR verrechnet.

Darüber hinaus wurden für ungewisse Verbindlichkeiten Rückstellungen in angemessener Höhe gebildet.

Verlustfreie Bewertung der zinsbezogenen Geschäfte des Bankbuchs

Die Finanzinstrumente des Zinsbuchs werden im Rahmen einer Gesamtbetrachtung aller zinstragenden bilanziellen und außerbilanziellen Positionen des Bankbuchs nach Maßgabe von IDW RS BFA 3 n. F. verlustfrei bewertet. Hierbei werden die zinsinduzierten Barwerte den Buchwerten gegenübergestellt und von dem positiven Überschuss die Risiko- und Bestandsverwaltungskosten abgezogen. Für einen danach eventuell verbleibenden Verlustüberhang wird eine Drohverlustrückstellung gebildet, die unter den anderen Rückstellungen ausgewiesen wird. Nach dem Ergebnis der Berechnungen war zum 31. Dezember 2020 keine Rückstellung zu bilden.

Vermerke unter dem Bilanzstrich

Im Rahmen der üblichen Geschäftstätigkeit übernehmen wir regelmäßig Bürgschaften. Dabei ist es für uns erforderlich, Zahlungen an den Begünstigten zu leisten, wenn ein anderer seinen Verpflichtungen nicht nachkommt oder Leistungen nicht vertragsgemäß erfüllt. Der Umfang der übernommenen Verpflichtungen ist aus den Angaben unter dem Bilanzstrich ersichtlich.

Die dargestellten Beträge zeigen nicht die künftig aus diesen Verträgen zu erwartenden Zahlungsströme, da die Mehrzahl der Eventualverbindlichkeiten nach unserer Einschätzung ohne Inanspruchnahme endet.

Bei den unwiderruflichen Kreditzusagen zum 31. Dezember 2020 in Höhe von 120.140.788 EUR handelt es sich ausschließlich um Zusagen von Buchkrediten an Nichtbanken. Wir gewähren unwiderrufliche Kreditzusagen, um den Finanzierungsbedürfnissen

unserer Kunden zu entsprechen. Unwiderrufliche Kreditzusagen umfassen die nicht in Anspruch genommenen Anteile der gewährten Zusagen, die nicht durch uns widerrufen werden können. Die Kreditzusagen werden mit dem Nominalbetrag gezeigt.

Derivative Finanzinstrumente

Derivative Finanzinstrumente dienen der Absicherung bilanzieller Posten. Sofern die erforderlichen Voraussetzungen nach § 254 HGB vorliegen, wurden Bewertungseinheiten gebildet. Die zur Absicherung des allgemeinen Zinsänderungsrisikos abgeschlossenen derivativen Geschäfte wurden in die Gesamtbetrachtung des Zinsbuchs einbezogen und waren somit nicht gesondert zu bewerten.

Im Rahmen der IBOR-Reform und der damit verbundenen Umstellung des Referenzzinssatzes von EONIA auf €STR erhielt die Bank eine Ausgleichszahlung aufgrund geänderter Zahlungsströme aus gehaltenen derivativen Finanzinstrumenten. Diese wurde im Geschäftsjahr GuV-wirksam erfasst.

Zinserträge/Zinsaufwendungen

Negative Zinsen aus Aktivgeschäften werden im Zinsertrag erfasst (Reduktion des Zinsertrags). Negative Zinsen aus Passivgeschäften werden im Zinsaufwand erfasst (Reduktion des Zinsaufwands). Im Falle von Zinsswaps werden die Zahlungsströme je Swapvertrag verrechnet und wird der verbleibende Saldo vorzeichen-gerecht als Zinsertrag bzw. -aufwand ausgewiesen.

Gemäß dem Gesetz zur Abmilderung der Folgen der COVID-19-Pandemie konnten Zins- und Tilgungsansprüche aus Verbraucherdarlehen zwischen dem 1. April 2020 und dem 30. Juni 2020 gestundet werden. Bei Inanspruchnahme durch den Kunden wurden Zinsansprüche erfolgswirksam vereinnahmt und über die Restlaufzeit abgezogen.

C. Entwicklung des Anlagevermögens (volle EUR)

	Anschaffungs-/ Herstellungskosten 01.01.	Zugänge	Umbuchungen (+/-)	a) b)	Abgänge Zuschüsse	Anschaffungs-/ Herstellungskosten am Bilanzstichtag	Buchwerte am Bilanzstichtag	Buchwerte Vorjahr
	EUR	EUR	EUR		EUR	EUR	EUR	EUR
Immaterielle Anlagewerte	838.521	68.922	-	a) b)	5.367 -	902.076	149.865	234.775
Sachanlagen								
Betriebs- und Ge- schäftsausstattung	46.569.494	1.810.778	-	a) b)	6.455.245 -	41.925.027	9.250.663	10.309.804
a	47.408.015	1.879.700	-	a) b)	6.460.612 -	42.827.103	9.400.528	10.544.579

	Abschreibungen (kumuliert) 01.01.	Änderung der kumulierten Abschrei- bungen aufgrund Zugängen (ohne Abschreibungen Geschäftsjahr)	Änderung der kumulierten Abschreibungen aufgrund Abgängen	Änderung der kumulierten Abschreibungen aufgrund Umbuchungen	Abschreibungen Geschäftsjahr	Zuschreibungen Geschäftsjahr	Abschreibungen (kumuliert) am Bilanzstichtag
	EUR	(+) EUR	(-) EUR	(+/-) EUR	EUR	EUR	EUR
Immaterielle Anlagewerte	603.746	-	5.366	-	153.831	-	752.211
Sachanlagen							
Betriebs- und Ge- schäftsausstattung	36.259.690	-	6.284.244	-	2.698.918	-	32.674.364
a	36.863.436	-	6.289.610	-	2.852.749	-	33.426.575

	Anschaffungskosten 01.01.	Veränderungen (saldiert)	Buchwerte am Bilanzstichtag
	EUR	EUR	EUR
Wertpapiere des Anlagevermögens	2.325.237.841	387.120.964	2.712.358.805
Beteiligungen und Geschäftsguthaben bei Genossenschaften	11.688.692	-405.807	11.282.885
b	2.336.926.533	386.715.157	2.723.641.690
Summe a und b	2.384.334.548		2.733.042.218

D. Erläuterungen zur Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung

I. Bilanz

In den Forderungen an Kreditinstitute sind 912.436.371 EUR Forderungen an die zuständige genossenschaftliche Zentralbank enthalten.

Die in der Bilanz ausgewiesenen Forderungen haben folgende Restlaufzeiten:

	bis drei Monate	mehr als drei Monate bis ein Jahr	mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	mehr als fünf Jahre
	EUR	EUR	EUR	EUR
Andere Forderungen an Kreditinstitute (A 3 b) (ohne Bausparguthaben)	581.667	-	-	-
Forderungen an Kunden (A 4)	38.777.476	107.538.922	515.529.348	1.752.737.918

In den Forderungen an Kunden sind 29.334.216 EUR Forderungen mit unbestimmter Laufzeit enthalten. Die Zinsabgrenzung wurde aus Vereinfachungsgründen dem ersten Restlaufzeitenband zugeordnet.

Von den in der Bilanz ausgewiesenen Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren werden im auf den Bilanzstichtag folgenden Geschäftsjahr 45.815.988 EUR fällig.

Wir halten Anteile an Sondervermögen (§ 1 Abs. 10 KAGB) von mehr als 10 % (Bilanzposten A 6):

Anlageziele	Buchwert	Zeitwert	Differenzen (Zeitwert/Buchwert)	Erhaltene Ausschüttungen	Tägliche Rückgabe
	EUR	EUR	EUR	EUR	Ja/Nein
Renditerwartung	711.819.831	728.516.722	16.696.891	2.824.509	Ja
Renditerwartung	94.270.959	95.013.399	742.440	2.237.149	Nein

Die Genossenschaft besitzt folgende Beteiligungen an anderen Unternehmen:

Name und Sitz	Anteil am Gesellschaftskapital		Eigenkapital der Gesellschaft	Ergebnis des letzten vorliegenden Jahresabschlusses	
	%	Jahr		Jahr	EUR
a) Sparda-Beteiligungs-GmbH i. L., Frankfurt am Main	6,2500	2019	4.669.616	2019	669.616
b) DZ Beteiligungs-GmbH & Co. KG Baden-Württemberg, Stuttgart	0,2808	2020	3.191.383.755	2020	-216.481
c) Fiducia & GAD IT AG, Karlsruhe	0,0002	2019	431.555.891	2019	15.395.341

In folgenden Posten sind enthalten:

	börsenfähig	börsennotiert	nicht börsennotiert	nicht mit dem Niederstwert bewertete börsenfähige Wertpapiere
	EUR	EUR	EUR	EUR
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere (A 5)	1.849.780.655	1.844.779.200	5.001.455	117.304.216

Zu den Finanzanlagen gehörende Finanzinstrumente, die über ihrem beizulegenden Zeitwert ausgewiesen werden, bestehen in folgendem Umfang:

Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere mit einem Buchwert von 116.438.028 EUR haben einen niedrigeren beizulegenden Zeitwert von 113.492.713 EUR.

Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere mit einem Buchwert von 24.999.906 EUR haben einen niedrigeren beizulegenden Zeitwert von 24.722.888 EUR.

In den Sachanlagen sind enthalten:

	EUR
Betriebs- und Geschäftsausstattung	9.250.663

Im Posten Sonstige Vermögensgegenstände sind folgende wesentliche Einzelbeträge enthalten:

	EUR
Forderungen im Rahmen des Derivate-Clearings (Margin)	154.076.356
Steuererstattungsansprüche	9.903.352
Forderungen aus Provisionen	6.765.437

In den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind 145.165.565 EUR Verbindlichkeiten gegenüber der zuständigen genossenschaftlichen Zentralbank enthalten. Die in der Bilanz ausgewiesenen Verbindlichkeiten weisen folgende Restlaufzeiten auf:

	bis drei Monate	mehr als drei Monate bis ein Jahr	mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	mehr als fünf Jahre
	EUR	EUR	EUR	EUR
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist (P 1 b)	11.270.693	4.255.005	22.820.529	107.177.474
Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten (P 2 ab)	-	-	-	-
Andere Verbindlichkeiten gegenüber Kunden mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist (P 2 bb)	45.774	93.006	164.770	-

Die Zinsabgrenzung wurde aus Vereinfachungsgründen dem ersten Restlaufzeitenband zugeordnet.

Im passiven Rechnungsabgrenzungsposten sind Abgrenzungen für Zinsswaps von 896.88 EUR (Vorjahr 942.36 EUR) enthalten.

Angaben zum Posten Nachrangige Verbindlichkeiten: Im Geschäftsjahr fielen Aufwendungen in Höhe von 833.170 EUR an.

Mittelaufnahmen, die 10 % des Gesamtbetrages der nachrangigen Verbindlichkeiten übersteigen, erfolgten zu folgenden Bedingungen:

Betrag	Währung	Zinssatz	Fälligkeit
4.000.000	EUR	2,355	27.07.2026
5.000.000	EUR	2,345	28.07.2026
5.000.000	EUR	2,500	01.08.2028
5.000.000	EUR	2,334	03.08.2026
10.000.000	EUR	2,290	10.08.2026
6.000.000	EUR	2,517	14.10.2026

Eine Verpflichtung zur vorzeitigen Rückzahlung ist ausgeschlossen. Die Nachrangigkeit der Verbindlichkeiten ist wie folgt geregelt:

Die aufgeführten Verbindlichkeiten sind im Falle des Konkurses oder der Liquidation der Bank erst nach Befriedigung aller nicht nachrangigen Gläubiger zurückzahlen. Eine Umwandlung in andere Eigenkapitalformen ist nicht möglich.

Die Laufzeit der nachrangigen Verbindlichkeiten beträgt mindestens zehn Jahre. Die nachrangigen Verbindlichkeiten erfüllen die Anforderungen an das Ergänzungskapital (Art. 62 ff. CRR).

Die unter dem Passivposten Gezeichnetes Kapital ausgewiesenen Geschäftsguthaben gliedern sich wie folgt:

Geschäftsguthaben	EUR
a) der verbleibenden Mitglieder	224.416.791
b) der ausscheidenden Mitglieder	11.873.804
c) aus gekündigten Geschäftsanteilen	2.361.821
Rückständige fällige Pflichteinzahlungen auf Geschäftsanteile	365.013

Die Ergebnisrücklagen und die Kapitalrücklage haben sich im Geschäftsjahr wie folgt entwickelt:

	Gesetzliche Rücklage	Andere Rücklagen	Kapitalrücklage
	EUR	EUR	EUR
Stand 01. Januar 2020	34.185.965	53.914.720	16.762.385
Einstellungen aus Bilanzgewinn des Vorjahres	836.538	330.443	-
Stand 31. Dezember 2020	35.022.503	54.245.163	16.762.385

Vorstand und Aufsichtsrat schlagen vor, den Jahresüberschuss (Bilanzgewinn) wie folgt zu verwenden:

	EUR
Ausschüttung einer Dividende auf Geschäftsguthaben von 0,500 %	1.085.685,28
Zuweisung zu den gesetzlichen Rücklagen	819.759,02
Zuweisung zu den anderen Ergebnisrücklagen	6.154.935,50
Insgesamt	8.060.379,80

Die nachfolgende Tabelle gibt einen Überblick über die gebildeten Bewertungseinheiten (Nominalwert):

Vermögensgegenstände		Micro-Hedges	Portfolio-Hedges	Macro-Hedges	Summe
		EUR	EUR	EUR	EUR
Abgesichertes Risiko	Zinsrisiko	25.000.000	-	-	25.000.000
Summe Vermögensgegenstände		25.000.000	-	-	25.000.000

Es besteht zum Bilanzstichtag eine Bewertungseinheit in Form eines perfekten Micro-Hedges mit einem Nominalvolumen in Höhe von 25.000.000 EUR zur Absicherung von Zinsänderungsrisiken.

Die Wirksamkeit dieser Sicherungsbeziehung ist aufgrund der Übereinstimmung aller relevanten Geschäftsmerkmale von Grundgeschäft und Sicherungsinstrument prospektiv nachgewiesen. Der wirksame Teil der Bewertungseinheit wird dabei bilanziell nach der Einfrierungsmethode abgebildet. Bonitätsrisiken sind zum Jahresultimo durch eine Risikovorsorge von 2.660.000 EUR abgedeckt.

Zum Bilanzstichtag bestanden ausschließlich Termingeschäfte (§ 36 RechKredV) als Zinsswaps.

In der nachfolgenden Tabelle sind die am Bilanzstichtag noch nicht abgewickelten Derivategeschäfte (exklusive Stückzinsen), die nicht zum beizulegenden Zeitwert bilanziert wurden (Nichthandelsbestand), zusammengefasst (§ 36 RechKredV bzw. § 285 Nr. 19 HGB). Die Adressenausfallrisiken sind als risikogewichtete KSA-Positionswerte entsprechend den aufsichtsrechtlichen Eigenkapitalvorschriften angegeben.

Angaben in Mio. EUR	Nominalbetrag/Restlaufzeit			Beizule- gender Zeitwert	Adressen- ausfall- risiko
	≤ 1 Jahr	> 1-5 Jahre	> 5 Jahre		
Zinsbezogene Geschäfte					
OTC-Produkte					
Zinsswaps (gleiche Währung)	249,5	707,5	898,0	1.855,0	-163,1

Die in vorstehender Tabelle enthaltenen zinsbezogenen Geschäfte werden überwiegend zur Steuerung des Zinsbuches im Rahmen der Aktiv-Passiv-Steuerung eingesetzt.

Von dem Gesamtnominalbetrag der Zinsswaps befinden sich 1.558 Mio. EUR im zentralen Clearing bei der Eurex Clearing AG.

Die Zinsswaps wurden anhand der aktuellen Zinsstrukturkurve zum Bilanzstichtag nach der Barwertmethode bewertet.

Von den Verbindlichkeiten und Eventualverbindlichkeiten sind durch Übertragung von Vermögensgegenständen gesichert:

Passivposten	Zur Sicherheit übertragene Vermögensgegenstände	Gesamtbetrag in EUR
1 b. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	Abtretung von Forderungen bzw. Sicherheiten	135.644.422

II. Gewinn- und Verlustrechnung

Im Zinsergebnis sind 3.033.987 EUR negative Zinsen enthalten, die im Wesentlichen auf das Guthaben der DZ Bank AG entfallen. Erhaltene negative Zinsen aus Verwarentgelten sind mit 150.737 EUR in den Zinsaufwendungen enthalten. Ferner wird das Zinsergebnis mit einem Betrag von 4.783.830 EUR belastet, der aus negativen Zinsen auf Zinsswaps resultiert.

Für Dritte erbrachte Dienstleistungen, die für die Gesamttätigkeit von wesentlicher Bedeutung sind, wurden für die Vermittlung von Bausparverträgen, Versicherungsverträgen, Privatkrediten und Fondsanlagen erbracht.

Wichtige Einzelbeträge, die für die Beurteilung des Jahresabschlusses bzw. der Ertragslage nicht unwesentlich sind, sind enthalten in den Posten:

Sonstige betriebliche Erträge	EUR
Auflösung der Rückstellung Prozessrisiken / Datenschutz aus Vorjahren	1.483.394
Auflösung der Rückstellung aus ungewissen Verbindlichkeiten	1.211.299
Sonstige betriebliche Aufwendungen	EUR
Zuweisung zur Rückstellung Prozessrisiken / Datenschutz	2.654.249

Die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag entfallen im Wesentlichen auf das Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit.

E. Sonstige Angaben

Im Geschäftsjahr beliefen sich die Gesamtbezüge des Aufsichtsrats auf 317.165 EUR und der früheren Vorstandsmitglieder und ihrer Hinterbliebenen auf 695.004 EUR.

Ferner wurde von der Möglichkeit des § 286 Abs. 4 HGB Gebrauch gemacht, auf die Angabe gemäß § 285 Nr. 9 a HGB zu verzichten.

Für frühere Mitglieder des Vorstands und deren Hinterbliebene bestehen zum 31.12.2020 Pensionsrückstellungen in Höhe von 8.575.190 EUR. Dabei wurden Rückdeckungsversicherungen in Höhe von 5.142.607 EUR verrechnet.

Am Bilanzstichtag betragen die gewährten Vorschüsse und Kredite sowie die eingegangenen Haftungsverhältnisse für:

	EUR
Mitglieder des Vorstandes	3.824
Mitglieder des Aufsichtsrats	547.558

Sonstige finanzielle Verpflichtungen, die nicht in der Bilanz enthalten und nicht als Haftungsverhältnisse anzugeben, jedoch für die Beurteilung der Finanzlage von Bedeutung sind, bestehen in Form von Garantieverpflichtungen gegenüber der Sicherungseinrichtung des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e. V. (Garantieverbund) in Höhe von 8.294.048 EUR.

Ferner besteht eine Beitragsgarantie gegenüber dem institutsbezogenen Sicherungssystem der BVR Institutssicherung GmbH. Diese betrifft Jahresbeiträge zum Erreichen der Zielausstattung bzw. Zahlungsverpflichtungen, Sonderbeiträge und Sonderzahlungen, falls die verfügbaren Finanzmittel nicht ausreichen, um die Einleger eines dem institutsbezogenen Sicherungssystem angehörigen CRR-Kreditinstituts im Entschädigungsfall zu entschädigen, sowie Auffüllungspflichten nach Deckungsmaßnahmen.

Gemäß Teil 8 der CRR (Art. 435 bis 455) offenzulegende Inhalte sind zum Teil im Lagebericht enthalten. Wir beabsichtigen die weiteren Angaben in einem separaten Offenlegungsbericht zu machen und auf unserer Homepage zu veröffentlichen.

Die Zahl der im Jahr 2020 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer betrug:

	Vollzeitbeschäftigte	Teilzeitbeschäftigte
Kaufmännische Mitarbeiter	451	303

Außerdem wurden durchschnittlich 43 Auszubildende beschäftigt. Mitgliederbewegung im Geschäftsjahr:

	Anzahl der Mitglieder	Anzahl der Geschäftsanteile	Haftsummen EUR
Anfang 2020	467.819	4.021.875	209.137.500
Zugang 2020	3.363	575.849	29.944.148
Abgang 2020	24.604	274.229	14.259.908
Ende 2020	446.578	4.323.495	224.821.740

	EUR
Die Geschäftsguthaben der verbleibenden Mitglieder haben sich im Geschäftsjahr vermehrt um	15.382.163
Die Haftsummen haben sich im Geschäftsjahr vermehrt um	15.684.240
Höhe des Geschäftsanteils	52
Höhe der Haftsumme	52

Name und Anschrift des zuständigen Prüfungsverbandes:

Verband der Sparda-Banken e. V.
Friedrich-Ebert-Anlage 35–37
60327 Frankfurt am Main

Von den gesetzlichen Vertretern und anderen Mitarbeitern werden folgende Mandate in Aufsichtsgremien großer Kapitalgesellschaften wahrgenommen:

Gesetzlicher Vertreter	Gremium	Kapitalgesellschaft
Frank Kohler	Aufsichtsrat	DEVK Deutsche Eisenbahn Versicherung Sach- und HUK-Versicherungsverein a. G. Betriebliche Sozialeinrichtung der Deutschen Bahn

Mitglieder des Vorstandes:

Frank Kohler	Vorsitzender des Vorstandes
Martin Laubisch	Stellv. Vorsitzender des Vorstandes
Rolf Huxoll	Mitglied des Vorstandes

Mitglieder des Aufsichtsrats:

Torsten Westphal (Vorsitzender)	Beauftragter für Strukturstärkung Kohleregionen bei der DB AG
Lutz Bernhardt (stellv. Vorsitzender)	Pensionär
Mirko Albrecht	Angestellter der Sparda-Bank Berlin eG
Sven Baunack	Betriebsratsvorsitzender der Sparda-Bank Berlin eG
Uwe Henschel	Geschäftsstellenleiter der Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG)
Holger Herzog	Betriebsrat der DB Netz AG
Beate Hukauf	Angestellte der Sparda-Bank Berlin eG
Bianka Matthai	Angestellte der Sparda-Bank Berlin eG
Guido Menschner	Angestellter der Sparda-Bank Berlin eG
Ramona Möbius	Referentin fachliche Auftragssteuerung- und Auswertung DB Netz AG
Frank Nachtigall	Lokomotivführer DB Cargo AG
Dieter Posner (bis 11.06.2020)	Coach, Berater DB AG
Roland Rösner	Abteilungsleiter Finanzen und IT und Geschäftsführer der EVA GmbH
Dietmar Scheel	Vorstand der DEVK

Berlin, 21. April 2021

Sparda-Bank Berlin eG

Der Vorstand



Frank Kohler



Martin Laubisch



Rolf Huxoll

Anlage zum Jahresabschluss

**gemäß § 26 a Abs. 1 Satz 2 KWG zum 31. Dezember 2020
(„Länderspezifische Berichterstattung“)**

Die Sparda-Bank Berlin eG hat keine Niederlassungen im Ausland. Sämtliche nachfolgenden Angaben entstammen dem Jahresabschluss zum 31. Dezember 2020 und beziehen sich ausschließlich auf ihre Geschäftstätigkeit als regional tätige Kreditgenossenschaft in der Bundesrepublik Deutschland. Die Tätigkeit der Sparda-Bank Berlin eG besteht darin, Einlagen oder andere rückzahlbare Gelder von Privat- und Firmenkunden entgegenzunehmen und Kredite für eigene Rechnung zu gewähren.

Die Sparda-Bank Berlin eG definiert den Umsatz aus der Summe folgender Komponenten der Gewinn- und Verlustrechnung nach HGB: Zinserträge, Zinsaufwendungen, laufende Erträge aus Aktien etc., Erträge aus Gewinngemeinschaften etc., Provisionserträge, Provisionsaufwendungen und sonstige betriebliche Erträge. Der Umsatz beträgt für den Zeitraum 01. Januar bis 31. Dezember 112.502 TEUR.

Die Anzahl der Lohn- und Gehaltsempfänger in Vollzeitäquivalenten zum Jahresende beträgt 651. Der Gewinn vor Steuern beträgt 2.945 TEUR.

Die Steuern auf Gewinn betragen 520 TEUR und entfallen im Wesentlichen auf das Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit.

Die Sparda-Bank Berlin eG hat im Geschäftsjahr keine öffentlichen Beihilfen erhalten.

Bestätigungsvermerk und Zusammenfassende Schlussbemerkungen

Wiedergabe des Bestätigungsvermerks

Nach dem abschließenden Ergebnis unserer Prüfung gemäß § 340k Handelsgesetzbuch haben wir dem Jahresabschluss und dem Lagebericht für das Geschäftsjahr 2020 unter dem Datum vom 06.05.2021 den folgenden uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt, der hier wiedergegeben wird:

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An die Sparda-Bank Berlin eG, Berlin

Vermerk über die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der Sparda-Bank Berlin eG (im Folgenden „Genossenschaft“) – bestehend aus der Bilanz zum 31.12.2020 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 01.01. bis zum 31.12.2020 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der Genossenschaft für das Geschäftsjahr vom 01.01. bis zum 31.12.2020 geprüft. Die im Abschnitt „Sonstige Informationen“ unseres Bestätigungsvermerks genannten Bestandteile des Lageberichts haben wir in Einklang mit den deutschen gesetzlichen Vorschriften nicht inhaltlich geprüft. Im Lagebericht wird auf die Veröffentlichung des gesonderten nichtfinanziellen Berichts nach §§ 289b bis 289e HGB verwiesen. In Einklang mit den deutschen gesetzlichen Vorschriften erstreckt sich unsere inhaltliche Prüfung nicht auf diesen gesonderten nichtfinanziellen Bericht.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kredit-

genossenschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Genossenschaft zum 31.12.2020 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 01.01. bis zum 31.12.2020 und

- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Genossenschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar. Unser Prüfungsurteil zum Lagebericht erstreckt sich nicht auf den Inhalt der im Abschnitt „Sonstige Informationen“ genannten Bestandteile des Lageberichts. Unser Prüfungsurteil zum Lagebericht erstreckt sich auch nicht auf den Inhalt des oben genannten gesonderten nichtfinanziellen Berichts.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 53 Abs. 2 GenG, §§ 340k, 317 HGB und der EU-Abschlussprüferverordnung (Nr. 537/2014; im Folgenden „EU-APrVO“) unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von der Genossenschaft unabhängig in Übereinstimmung mit den europarechtlichen sowie den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Darüber hinaus erklären wir gemäß Artikel 10 Abs. 2 Buchst. f) EU-APrVO i. V. m. §§ 55 Abs. 2, 38 Abs. 1 a GenG, dass alle bei uns beschäftigten Personen, die das Ergebnis der Prüfung beeinflussen können, keine verbotenen Nichtprüfungsleistungen nach Artikel 5 Abs. 1 EU-APrVO erbracht haben. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte in der Prüfung des Jahresabschlusses

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte sind solche Sachverhalte, die nach unserem pflichtgemäßen Ermessen am bedeutsamsten in unserer Prüfung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr vom 01.01. bis zum 31.12.2020 waren. Diese Sachverhalte wurden im Zusammenhang mit unserer Prüfung des Jahresabschlusses als Ganzem und bei der Bildung unseres Prüfungsurteils hierzu berücksichtigt; wir geben kein gesondertes Prüfungsurteil zu diesen Sachverhalten ab.

Nachfolgend stellen wir die aus unserer Sicht besonders wichtigen Prüfungssachverhalte dar:

1. Bewertung der Kundenforderungen
2. Bewertung der Wertpapiere

Unsere Darstellung der besonders wichtigen Prüfungssachverhalte haben wir jeweils wie folgt strukturiert:

- a) Sachverhalt und Problemstellung
- b) Prüferisches Vorgehen und Erkenntnisse
- c) Verweis auf weitergehende Informationen

Bewertung der Kundenforderungen

- a) Die Forderungen an Kunden, saldiert mit den gebildeten Risikovorsorgen, belaufen sich auf

2.444 Mio. EUR. Dies entspricht 38,1 % der Bilanzsumme. Die Identifizierung von Wertminderungen und die Ermittlung von Einzelwertberichtigungen unterliegen wesentlichen Schätzungsunsicherheiten und Ermessensspielräumen. Das Risiko für den Jahresabschluss liegt darin, dass Wertberichtigungsbedarf nicht rechtzeitig identifiziert wird bzw. die Höhe der Wertberichtigung nicht sachgerecht ermittelt wird. Daher ist die zutreffende Bewertung der Kundenforderungen für den Jahresabschluss und insbesondere die Ertragslage von zentraler Bedeutung und stellt nach unserer Einschätzung einen besonders wichtigen Prüfungssachverhalt dar.

- b) Wir haben zunächst im Rahmen einer Aufbauprüfung untersucht, ob die Systeme bzw. Prozesse der Genossenschaft so ausgestaltet sind, dass eine gegebenenfalls erforderliche Risikovorsorge identifiziert und in ausreichendem Umfang gebildet werden kann. Im Rahmen einer Funktionsprüfung haben wir unter Berücksichtigung der eingerichteten Kontrollen anhand einer Stichprobe von Kundenforderungen untersucht, ob die tatsächliche Anwendung der organisatorischen Vorgaben der Genossenschaft den Soll-Vorgaben entspricht. Unter Berücksichtigung der Erkenntnisse der Aufbau- und Funktionsprüfung haben wir uns anhand einer risikoorientierten Auswahl von Kundenforderungen mittels Einzelfallprüfung von der Notwendigkeit und – soweit erforderlich – der Angemessenheit einer Risikovorsorge überzeugt.
- c) Weitere Angaben der Genossenschaft zur Bilanzierung und Bewertung von Kundenforderungen sind im Anhang im Abschnitt „Erläuterungen zu den Bilanzierungs-, Bewertungs- und Umrechnungsmethoden“ enthalten.

Bewertung der Wertpapiere

- a) Die Wertpapierbestände (Aktivposten 5 und 6) belaufen sich auf insgesamt 2.719 Mio. EUR. Dies entspricht 42,4 % der Bilanzsumme. Bei der Bewertung der Wertpapiere ergeben sich Ermessensspielräume im Hinblick auf die Abschreibungen bei Vorliegen von nicht dauerhaften Wertminderungen bei Wertpapieren des Anlagevermögens. Daneben besteht ein Risiko, dass falsche Wertpapierkurse für die Ermittlung von möglichen Ab- und Zuschreibungen der Wertpapiere herangezogen werden oder Ab- und Zuschreibungsbeträge falsch ermittelt werden. Daher ist die zutreffende Bewertung der Wertpapiere angesichts ihrer Volumina für den Jahresabschluss und insbesondere die Ertragslage von zentraler Bedeutung und stellt nach unserer Einschätzung einen besonders wichtigen Prüfungssachverhalt dar.

- b) Im Rahmen unserer Prüfung haben wir uns anhand einer Auswahl von Wertpapieren von der ordnungsgemäßen Bewertung zum Stichtag überzeugt. Dabei haben wir insbesondere auch die Wertpapierbestände einbezogen, die mit erhöhten Ermessensentscheidungen behaftet sind. Die zur Bewertung verwendeten Stichtagskurse haben wir für die von uns ausgewählten Wertpapiere mittels externer Quellen validiert. Daneben haben wir uns unter Berücksichtigung des bisherigen Buchwerts und der historischen Anschaffungskosten der Wertpapiere von der sachgerechten Ermittlung von Abschreibungsbeträgen unter Beachtung des gemilderten Niederstwertprinzips sowie der korrekten Ermittlung von Zuschreibungsbeträgen überzeugt.
- c) Weitere Angaben der Genossenschaft zur Bilanzierung und Bewertung von Wertpapieren sind im Anhang im Abschnitt „Erläuterungen zu den Bilanzierungs-, Bewertungs- und Umrechnungsmethoden“ enthalten.

Sonstige Informationen

Die gesetzlichen Vertreter und der Aufsichtsrat sind für die sonstigen Informationen verantwortlich.

Die sonstigen Informationen umfassen den folgenden nicht inhaltlich geprüften Bestandteil des Lageberichts:

- die Erklärung zur Unternehmensführung nach § 289f Abs. 4 HGB (Angaben zur Frauenquote).

Die sonstigen Informationen umfassen zudem

- den gesonderten nichtfinanziellen Bericht nach den §§ 289 b bis 289 e HGB,
- die übrigen Teile des Geschäftsberichts – ohne weitere Querverweise auf externe Informationen – mit Ausnahme des geprüften Jahresabschlusses und Lageberichts sowie unseres Bestätigungsvermerks.

Unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen, und dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen

- wesentliche Unstimmigkeiten zum Jahresabschluss, zum Lagebericht oder unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder
- anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter der Genossenschaft sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kreditgenossenschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Genossenschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Genossenschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Genossenschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Genossenschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Genossenschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 53 Abs. 2 GenG, §§ 340 k, 317 HGB und der EU-APrVO unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksam-

keit dieser Systeme der Genossenschaft abzugeben.

- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Genossenschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Genossenschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Genossenschaft vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Genossenschaft.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden An-

nahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit dem Aufsichtsrat unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Wir geben gegenüber dem Aufsichtsrat eine Erklärung ab, dass wir die relevanten Unabhängigkeitsanforderungen eingehalten haben, und erörtern mit ihm alle Beziehungen und sonstigen Sachverhalte, von denen vernünftigerweise angenommen werden kann, dass sie sich auf unsere Unabhängigkeit auswirken, und die hierzu getroffenen Schutzmaßnahmen.

Wir bestimmen von den Sachverhalten, die wir mit dem Aufsichtsrat erörtert haben, diejenigen Sachverhalte, die in der Prüfung des Jahresabschlusses für den aktuellen Berichtszeitraum am bedeutsamsten waren und daher die besonders wichtigen Prüfungssachverhalte sind. Wir beschreiben diese Sachverhalte im Bestätigungsvermerk, es sei denn, Gesetze oder andere Rechtsvorschriften schließen die öffentliche Angabe des Sachverhalts aus.

Sonstige gesetzliche und andere rechtliche Anforderungen

Übrige Angaben gemäß Artikel 10 EU-APrVO

Wir sind als zuständiger Prüfungsverband gesetzlicher Abschlussprüfer der Genossenschaft.

Wir erklären, dass die in diesem Bestätigungsvermerk enthaltenen Prüfungsurteile mit unserer Berichterstattung an den Aufsichtsrat nach Artikel 11 EU-APrVO i. V. m. § 58 Abs. 3 GenG (Prüfungsbericht) in Einklang stehen.

Bei uns beschäftigte Personen, die das Ergebnis der Prüfung beeinflussen können, haben folgende Leistungen, die nicht im Jahresabschluss oder im Lagebericht der geprüften Genossenschaft angegeben wurden, zusätzlich zur Abschlussprüfung für die geprüfte Genossenschaft bzw. für die von dieser beherrschten Unternehmen erbracht:

- Sonstige separate Bestätigungsleistungen an die Bankenaufsicht,
- Sonstige separate Bestätigungsleistungen im Zusammenhang mit der Einlagensicherung,
- Wertpapierdienstleistungsprüfung nach § 89 Abs. 1 Satz 1 WpHG,
- nach § 319a Abs. 1 HGB bzw. Art. 5 EU-APrVO zulässige Steuerberatungsleistungen,
- Schulungs- und Seminarleistungen.

Verantwortlicher Wirtschaftsprüfer

Der für die Prüfung verantwortliche Wirtschaftsprüfer ist Herr Heiko Hunkel.

Frankfurt am Main, den 06. Mai 2021

Verband der Sparda-Banken e. V.

gez. Uwe Sterz

Wirtschaftsprüfer

gez. i. V. Heiko Hunkel

Wirtschaftsprüfer

Herausgeber:
Sparda-Bank Berlin eG
Storkower Str. 101 A
10407 Berlin

www.sparda-b.de